



LANDESMUSIKRAT NIEDERSACHSEN

**“Musik bewegt und fördert
die Menschen!”**



WAHLPRÜFSTEINE 2008

Fragen an die Parteien zur Landtagswahl 2008

FRAGENKOMPLEXE

<i>Vorwort.....</i>	03
<i>A: Musikland Niedersachsen.....</i>	04
<i>B: Musikunterricht an allgemein bildenden Schulen und in Kindergärten.....</i>	06
<i>C: Hauptsache:Musik Niedersachsen.....</i>	10
<i>D: Musikschulen.....</i>	12
<i>E: Laienmusik.....</i>	14
<i>F: Förderung von Übungsleitern.....</i>	14
<i>G: Ehrenamt in der Bürgergesellschaft.....</i>	16
<i>H: KONTAKTSTELLEN MUSIK.....</i>	18
<i>I: Landesmusikakademie.....</i>	20
<i>J: Zeitgenössische Musik.....</i>	22
<i>K: Jazzförderung.....</i>	24
<i>L: Rock - und Popmusikförderung.....</i>	24
<i>M: Berufliche Musikpflege.....</i>	28
<i>N: Musikwirtschaft.....</i>	30

“Musik bewegt und fördert die Menschen!”

In einer Zeit der heimlichen Erziehung durch die Massenmedien, in einer Zeit des auf Illusion und Spontanerlebnis ausgerichteten, einsamen Computerspiels im Kinderzimmer kommt musikpädagogischer Tätigkeit in Schule, Musikschule und Laienkultur eine besondere Aufgabe und Bedeutung zu. In der altersdifferenzierten Gesellschaft wird der Dialog zwischen den Generationen immer wichtiger. Auch die Älteren haben neue aktiv orientierte Lebenskonzepte und bringen sich mit neuen Erwartungen in das Kulturleben ein.

Gegenüber der Einwegkommunikation der Medien zielt Musikmachen in jeder Form auf die Kommunikation zwischen Menschen, auf das Miteinander, auf Toleranz und Teamfähigkeit.

Darüber hinaus ist Musik mit ihren vielen Facetten zu einem der größten Wirtschaftszweige der Welt geworden. Auch in Niedersachsen hat die Musikwirtschaft nach einer Untersuchung des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums mit ca. 2,9 Mrd. Euro Umsätzen von etwa 2.400 Unternehmen eine bislang von der Politik zu wenig beachtete Bedeutung: Creative Industries sind Zukunft und Wirtschaftspotenzial zugleich.

Für die Exzellenz des Landes ist die Begabungsförderung weiterhin eine wichtige Aufgabe. Eine besondere Rolle für die Breitenarbeit spielen die bundesweit einmaligen KONTAKTSTELLEN MUSIK sowie die zukünftige Landesmusikakademie. Dies zu erhalten und auszubauen sieht der Landesmusikrat als Aufgabe einer zukünftigen Landespolitik.

Wie beabsichtigt Ihre Partei, sofern sie nach den Wahlen zum 16. Niedersächsischen Landtag Regierungsverantwortung übernimmt, angesichts der derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen Kulturpolitik in folgenden, die Musik betreffenden Fragen zu gestalten?

A. MUSIKLAND NIEDERSACHSEN

Eine Profilierung Niedersachsens als „Musikland“ bleibt weiterhin Zukunftsaufgabe, verbunden mit einem offensiven Marketing der vorhandenen Potenziale u.a. aus der Orgellandschaft im Nordwesten, der Festivalszene sowie der Ausbildungs- und Forschungskompetenz der Hoch- und Fachhochschulen für Musikberufe.

Der Landesmusikrat begrüßt die intensive Beteiligung und Einbindung seiner Fachgremien an bisherigen Initiativen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur und des Niedersächsischen Kultusministeriums zu einem Musikland Niedersachsen. Insbesondere die Hervorhebung der Bedeutung der musikalischen Bildung in vielfältigen Facetten und Kooperationsformen wird als Baustein des Musiklandes Niedersachsen positiv gesehen. Musikalische Bildung steht in Niedersachsen nicht allein unter dem Gesichtspunkt ihrer Zweckmäßigkeit und Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt, sondern wird als Lebensform gesehen, die die Sensibilisierung der Wahrnehmung entwickelt, das Entdecken der eigenen und fremden künstlerischen Gestaltungsfähigkeit fördert und als Impuls zur Entwicklung von Qualitätskriterien in der postmodernen Vielfalt dient. In diesem Rahmen erhält auch die im Entstehen befindliche Landesmusikakademie Niedersachsen eine besondere Bedeutung.

A 1. *Auf welche Schwerpunkte und Vernetzungen setzt Ihre Partei vorrangig bei der Konzeption eines Musiklandes Niedersachsen?*

A 2. *Welchen Stellenwert messen Sie insbesondere der Förderung der außerschulischen Kinder- und Jugendkulturarbeit bei?*

Dem Landesmusikrat ist es trotz mehrfacher Anläufe und verschiedener Gespräche nicht gelungen, das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales in die Überlegungen für ein Musikland Niedersachsen einzubeziehen, obwohl es vielfältige Projekte gibt, die den Erfolg musikalischer Konzepte im Bereich der sozial-präventiven Arbeit bestätigen, denn:

- Musik machen fördert soziale Kontakte und schafft Akzeptanz.
- Musik machen fördert den Trieb zur persönlichen Leistungsfähigkeit und zur Leistungsbereitschaft.

A 3. *Wie beurteilen Sie die bisherige Nichtbeteiligung des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales am Projekt Musikland Niedersachsen?*

A 4. *Wie wollen Sie zukünftig eine interministerielle Kooperation sicherstellen?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

A 1. Bei der Konzeption eines Musiklandes Niedersachsen muss es vor allem darum gehen, vorhandene Netzwerkstrukturen in Niedersachsen zu nutzen und auszubauen. Hier sind die Fachverbände und der Landesmusikrat als Dachverband die zentralen Ansprechpartner.

Sie verfügen über das notwendige fachliche Know-how und können die Stärken und Schwächen der Musiklandschaft in Niedersachsen sicher am besten beurteilen. Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen sollte ein Schwerpunkt bei der Konzeption eines Musiklandes Niedersachsen auf dem Aspekt möglichst breiter Teilhabe liegen. Wenn nur 15% der Bundesbürger bei Umfragen angeben, regelmäßig staatlich geförderte Kulturangebote zu nutzen, dann sollte uns das zu denken geben. Wir müssen versuchen, mit dem Konzept Musikland Niedersachsen alle Menschen, unabhängig von Alter und Herkunft, zu erreichen. Wenn Niedersachsen zum Musikland werden soll, müssen sich alle in Niedersachsen lebenden Bürgerinnen und Bürger darin wieder finden können.

A 2. Dabei kommt außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, als Ergänzung zur schulischen Bildung, eine zentrale Bedeutung zu. Jugendkulturarbeit ist ein geeignetes Instrument außerhalb schulischer „Zwänge“ einen Zugang zu Musik und eigenem Musizieren zu schaffen und Begabungen zu fördern. Grüne Bildungspolitik setzt an der Erkenntnis an, dass der Vielfalt von Bildungsprozessen nur dann Rechnung getragen werden kann, wenn wir eine möglichst breite Vielfalt von Bildungsorten und Bildungspfaden vorhalten und ermöglichen. Wir begrüßen die Umsetzung des lange gehegten Plans der Einrichtung einer Landesmusikakademie. Bündnis 90/Die Grünen wird sich darüber hinaus weiter dafür einsetzen, dass das Land ein Förderprogramm für außerschulische Modellprojekte auch in der Jugendkulturarbeit auflegt.

A 3. Die Beteiligung des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales am Projekt Musikland Niedersachsen sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Fortschreibung des Kinder- und Jugendplans, der sich CDU und FDP verweigert haben, wäre aus Grüner Sicht geeignet gewesen, um sich auch in diesem Ministerium zum Thema Jugendkulturarbeit zu bekennen und entsprechende Maßnahmen zu initiieren, bzw. interministeriell zu begleiten.

CDU

A 1. Im Vordergrund stehen für die CDU sowohl die Förderung von Spitzenprojekten wie der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel, gleichermaßen aber die Musikbildung an den niedersächsischen Schulen sowie Kooperationen mit den Musikschulen und die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Laienmusik. Organisatorisch verfestigte Vernetzungen wie die „Kontaktstellen Musik“ haben eine wichtige Funktion für das Kulturleben in Niedersachsen.

A 2. Für die musikalische Grundbildung von Kindern und Jugendlichen hat die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der Musik einen hohen Stellenwert für die CDU in Niedersachsen.

A 3. Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel und einer Schuldenlast des Landes Niedersachsen von gegenwärtig über 50 Mrd. Euro ist die CDU in Niedersachsen für die Beteiligung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sehr dankbar.

Derzeit befindet sich ein Internetportal, das sämtliche Angebote der kulturellen Jugendbildung – einschließlich der des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit – umfasst, in Vorbereitung.

A 4. Die Einbeziehung mehrerer Ressorts der Niedersächsischen Landesregierung ist je nach Projekten gegebenenfalls sorgfältig zu prüfen.

FDP

A 1. Mit der Errichtung der Landesmusikakademie hat das niedersächsische Musikleben endlich ein neues Zentrum bekommen, in dem insbesondere die qualifizierte Fortbildung von Übungsleitern und anderen Multiplikatoren, aber auch die Probenarbeit von Ensembles in neuer Qualität stattfinden wird.

Die landesweit qualifiziert angeleitete Musikausübung steht für die FDP im Mittelpunkt des „Musiklandes“. Damit ist Musik, die von einer Bühne für ein Publikum gespielt wird, ebenso ein Zentralbegriff wie die Förderung der Musikausübung für Jung und Alt. Es gilt, die vorhandene, reiche Festivallandschaft weiterzuentwickeln und dafür unter anderem die Landesmittel für regionale Kulturarbeit auszuweiten.

A 2. Gegenwärtig findet der Musikunterricht in den allgemeinbildenden Schulen noch zu unregelmäßig statt. Die FDP strebt an, daß Musikunterricht in allen Schulformen und in allen Altersstufen durchgehend qualifiziert stattfindet. Der Schulunterricht wird andererseits an vielen Orten bereits gut ergänzt durch Kooperation mit außerschulischen Jugendbildungseinrichtungen. Dafür stehen unter anderem die Bläserklassen. Diese Kooperationen müssen ausgebaut werden. Wir legen Wert darauf, dass es flächendeckend professionelle Angebote kultureller Jugendbildung gibt und werden daran arbeiten, daß Niedersachsen seine Rolle als Schlußlichtträger im Ländervergleich bei der Mitfinanzierung von Einrichtungen kultureller Jugendbildung aufgibt.

A 3. und A 4. Die FDP strebt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ministerien zur Pflege und Förderung der Kultur an. Namentlich im Arbeitsfeld kulturelle Jugendbildung sehen wir die Notwendigkeit zur gemeinsamen Gestaltung durch die Ressorts für Kultur und Soziales. Für Gespräche über konkrete Initiativen sind wir offen.

SPD

A 1. - A 4. Anknüpfend an erfolgreiche Projekte der Musikförderung ist das „Musikland Niedersachsen“ eine konsequente Weiterentwicklung zukunftsorientierter Musikförderung gewesen.

Das Projekt „Musikland Niedersachsen“ bietet die Chance, vorhandene erfolgreiche Projekte, Institutionen, Musikschaffende sowie Akteure und Akteurinnen unter einem Dach zu bündeln. Die Beteiligten sind hoch motiviert und engagiert. Aber es bedarf auch verbesserter Rahmenbedingungen. Deswegen hat sich die SPD-Landtagsfraktion in einem Entschließungsantrag dafür ausgesprochen, das Konzept Musikland Niedersachsen mit konkreten Maßnahmen und einem substanziellen Zeitplan für die jeweiligen Umsetzungsschritte zu begleiten.

Es ist für uns selbstverständlich, dass eine interministerielle Kooperation insbesondere bei der kulturellen Bildung, der Musikförderung und beim Projekt „Hauptsache Musik“ sicher gestellt ist. Die Musikschaffenden in Niedersachsen sind daran zu beteiligen, damit sich die vorhandenen Kompetenzen wiederfinden. Insbesondere die Musikschulen bilden die Basis für eine vielseitige und qualitätvolle Musikkultur. Leider ist es für das Musikland Niedersachsen nicht förderlich, dass bei der Musikförderung in den letzten Jahren systematisch gekürzt wurde. 2004 standen noch rd. 4,9 Mio. Euro zur Verfügung, im Jahre 2005 waren es nur noch rd. 3,8 Mio. Euro. Die 600.000 Euro Musikförderung durch den NDR wird zu wenig für innovative Projekte genutzt.

B. MUSIKUNTERRICHT AN ALLGEMEIN BILDENDEN SCHULEN UND IN KINDERGÄRTEN

Musikunterricht an allgemein bildenden Schulen fördert mit vielseitigen Angeboten und Unterrichtsformen die musikalische Erlebnisfähigkeit, die Persönlichkeitsentfaltung und die Kreativität junger Menschen. Er leistet einen Beitrag, die Fremdbestimmung durch Videos, Alltagsmusik als Begleitradio und Werbung bewusst zu machen und - im Sinne emanzipatorischer Erziehung - Heranwachsenden die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt und im kritischen Umgang Musik jeder Art in ihre Freizeit zu integrieren. Selbst Musik machen stimuliert nach einschlägigen Forschungen in hohem Maße die Leistungsfähigkeit des Gehirns und fördert zugleich die Teamfähigkeit. In der Sonderschule ist das rehabilitative Potenzial der Musik unter Einsatz von gesicherten Methoden aus der Musiktherapie oftmals der Anstoß zur schulischen Integration erziehungsauffälliger Jugendlicher. Darüber hinaus wird schulischer Musikunterricht in der Biografie junger Menschen heute mehr und mehr zur einzigen Begegnungsstätte mit der musikalischen Hochkultur unserer Vergangenheit und Gegenwart. Mit großer Sorge beobachtet der Landesmusikrat Niedersachsen mit seinen Musikverbänden, dass es der Grundschule offenbar immer noch nicht gelingt, eine allgemeine musikalische Grundbildung zu vermitteln. Zwar gibt es ermutigende Beispiele, in denen Singfertigkeiten geschult und instrumentale Fähigkeiten im elementaren Bereich vermittelt und öffentlichkeitswirksam präsentiert werden, aber die Vermittlung grundlegender musikalische Kenntnisse, die später die Basis für eine breite musikalische Laienkultur sein werden, können als schulischer Unterricht bisher noch nicht flächendeckend angeboten werden.

Nach den bekannten Forschungen tritt die Verfestigung des Musikgeschmacks etwa im 11. Lebensjahr (gegenüber früher etwa dem 16. Lebensjahr) ein: Damit wird auch der Kindergarten zur wichtigen Bildungsinstanz für das zukünftige Musikleben. Und auch an Grund- und Hauptschulen muss dafür gesorgt werden, dass die - erfreulicherweise durch die Stundentafeln schon vorgegebenen - Stunden auch tatsächlich erteilt werden, denn der Ausfall von Musikunterricht ist immer noch eklatant. Positiv muss angemerkt werden, dass trotz des Mangels an Musiklehrern der niedersächsische Kultusminister den Mut besessen hat, wegen der bekannt positiven Einflüsse des Musikunterrichts, diesem einen angemessenen Platz in der Stundentafel einzuräumen. Niedersachsen hat sich damit zukunftsweisend positioniert. Es ist auch bekannt, dass die Stundenkapazität von Musiklehrern entsprechend der Autonomie der Schulen und ihren Profilen nicht immer für den Ausgleich des Defizits an Musiklehrern eingesetzt wird.

Der Ausfall von Musikunterricht kann auch zu einer Gefährdung der Gesangskultur führen: z. B. wird der Männerstimmennachwuchs der Chorensembles in Stadt und Land immer seltener und - darüber hinaus - immer weniger Männer schlagen den Weg des Berufssängers an Musiktheatern ein. Auf diese Zusammenhänge hat der Landesmusikrat schon mehrfach aufmerksam gemacht.

Die bedrohlich zunehmende Abdrängung des Musikunterrichts in den Wahlbereich überlässt die Mehrzahl der Jugendlichen in einem von der Suche nach eigener Lebensgestaltung geprägtem Lebensabschnitt weitgehend allein den prägenden Faktoren einer massenmedialen Illusionsindustrie. Für das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe des Gymnasiums ist ganz entscheidend, ob in ihrer schulischen Biografie kontinuierlicher Musikunterricht von der Grundschule bis Klasse 10 stattgefunden hat. Die Fachverbände der Schulmusiker im Landesmusikrat haben darauf hingewiesen, dass aufgrund organisatorischer Zwänge Prüfungskurse in Musik immer weniger stattfinden können als früher.

- B 1.** Welche Strategien wird Ihre Partei ergreifen, um dem eklatanten Unterrichtsausfall in Musik in allen Schulformen und Schulstufen zu begegnen?
- B 2.** Wie wollen Sie die Wahlmöglichkeit und Durchführung der Kurse in der Oberstufe gewährleisten, um so das Fach Musik als Abiturfach zu sichern?
- B 3.** Die Wichtigkeit musikalischer Tätigkeit für die Entwicklung der Menschen ist unbestritten. In welcher Weise wird Ihre Partei mit dazu beitragen, die Bedeutung des Musikunterrichts der Öffentlichkeit zu vermitteln?
- B 4.** Welche konkreten und finanzierbaren Möglichkeiten sieht Ihre Partei, musikalische Aktivitäten als charakteristische Angebote in der Ganztagschule, aber auch in allen anderen Organisationsformen der Schule als kulturelles Angebot zu verankern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

B 1. Bündnis 90/Die Grünen wollen sicherstellen, dass zukünftig ausreichend Musiklehrerinnen und -lehrer zur Verfügung stehen und eingestellt werden. Um den Unterrichtsausfall zu reduzieren wollen wir grundsätzlich auch bei rückläufigen Schülerzahlen keine Reduzierung der Lehrerstellen vornehmen. Um dem Fachlehrermangel im Fach Musik zu begegnen müssen vor allem genügend junge Menschen als MusiklehrerInnen ausgebildet werden.

Die Möglichkeit, ohne das ansonsten obligatorische Zweitfach eine Lehramtsqualifikation zu erreichen, erscheint unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit von Lehramtsabschlüssen schwierig. Wir sehen eher die Möglichkeit, das den Schulen im Zuge ihrer Eigenverantwortlichkeit kapitalisierte Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden sollten. Somit wäre, unter der Voraussetzung einer nachgewiesenen pädagogischen Qualifikation, Quereinsteigern, wie Berufsmusikern oder Lehrkräften aus Musikschulen die Unterrichtung an Schulen möglich.

B 2. In der gymnasialen Oberstufe wollen Bündnis90/Die Grünen die Möglichkeiten der individuellen Schwerpunktsetzung wieder ausweiten. Dazu gehört auch, dass Schülerinnen und Schüler einen musischen Schwerpunkt wählen können.

B 3. Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich grundsätzlich gegen eine Ökonomisierung von Bildung aus. Eine Bildungspolitik, die sich ausschließlich an der unmittelbaren volkswirtschaftlichen Verwertbarkeit von Lehrinhalten ausrichtet, führt in eine Sackgasse. Die Ausbildung musischer Begabungen und der Fähigkeit, Kunst und Musik kritisch zu rezipieren, muss ein zentraler Baustein in allen Bildungsphasen vom Kindergarten bis zur Hochschule sein.

B 4. Nach dem Willen von Bündnis 90/Die Grünen sollen Schulen eine neue Lernkultur entwickeln, in der die vielfältigen Talente und Neigungen der Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden.

Sie sollen flächendeckend zu Ganztagschulen weiterentwickelt werden. Die musisch-ästhetische Bildung muss in einer solchen neuen Schule einen entsprechenden Raum einnehmen. Jenseits der Pflichtcurricula bietet die Ganztagschule die Möglichkeit, zusätzliche Angebote der kulturellen Bildung, auch mit externen Lehrkräften, anzubieten. Wenn hierbei ein erforderliches Mindestmaß an Qualität sichergestellt sein soll, bedarf es nicht nur entsprechender Etats an den Schulen, sondern auch einer Vernetzungsstruktur, die Kontakte vermitteln und mögliche Qualifizierungsangebote koordinieren kann. Dies sollte aus Grüner Sicht in enger Kooperation mit den entsprechenden Fachverbänden - für den Bereich Musik mit dem Landesmusikrat - geschehen.

CDU

B 1. Die CDU in Niedersachsen bedauert den beklagten Unterrichtsausfall im Fach Musik. Die Einstellung von Fachlehrkräften gerade in Mangelfächern hat für uns je nach Verfügbarkeit auch in Zukunft hohe Priorität.

B 2. Je nach Verfügbarkeit von Musiklehrkräften spricht sich die CDU in Niedersachsen für die Erhaltung von Musik als Abiturfach aus.

B 3. Die CDU in Niedersachsen wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass sich Jugendliche für altes und neues Musikgut interessieren. Wir setzen uns für eine entsprechende Initiative „Singendes Klassenzimmer“ ein.

B 4. Wir sprechen uns dafür aus, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unter Abwägung aller Belange des Schulbetriebes ein musikalisches Angebot an allen Schulformen, auch über den Unterricht hinaus, z. B. in Form von AGs, zu realisieren.

FDP

B 1. Die FDP hat dazu beigetragen, dass die Anzahl der Lehrkräfte in niedersächsischen Schulen höher ist als je zuvor in der Geschichte des Landes. Derzeit stehen allerdings nicht genügend ausgebildete Musiklehrer für alle Schulformen und Regionen des Landes zur Verfügung. Musikalisch interessierte und vorgebildete Jugendliche müssen stärker dafür interessiert werden, den Beruf des Schulmusikers zu ergreifen.

B 2. Im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit haben die Schulen stärkere Möglichkeiten bekommen, ein eigenes Profil auszubilden. Dies schließt die Möglichkeit ein, sich als musische Schule zu profilieren. Musik als Abiturfach ist gegenwärtig möglich und wird an Schulen, die sich für ein entsprechendes Profil entscheiden, künftig ebenfalls möglich sein.

B 3. Die FDP spricht sich im Sinne der gestellten Frage für die Bedeutung des Musizierens aus.

In den zahlreichen Aktivitäten der Bundespartei und ihrer Regionalverbände hat sie gerade im Jahre 2007 zahlreiche Gelegenheiten geschaffen, um die Öffentlichkeit auf die Bedeutung der Kultur im Allgemeinen und des Musizierens im Besonderen hinzuweisen.

B 4. Ganz allgemein müssen die staatlichen Mittel, die für Bildung bereitgestellt werden, als Investition verstanden werden und in Zukunft noch deutlich wachsen. Im Rahmen einer solchen Entwicklung sollten die Schulen im Rahmen ihrer Profilbildung von den zahlreichen Kooperationsmöglichkeiten mit außerschulischen Einrichtungen und Vereinen des Musiklebens Gebrauch machen. Bereits gegenwärtig stehen im Landeshaushalt Projektmittel für die Zusammenarbeit von Musikschulen mit allgemein bildenden Schulen zur Verfügung. Auf diesem Wege werden Erfahrungen mit unterschiedlichen Projekten gesammelt, von denen einige Vorbildcharakter entfalten werden.

SPD

B 1. - B 11. Wir messen dem Musikunterricht an allgemein bildenden Schulen einen hohen Stellenwert bei. Dies hat die damalige SPD-geführte Landesregierung durch das große Engagement bei der Landesaktion „Hauptsache:Musik Niedersachsen“ belegt und wir begrüßen, dass die jetzige Landesregierung das Programm „Hauptsache:Musik Niedersachsen“ fortgesetzt hat.

Musikunterricht und Erfahrungen mit der Vielfalt der Musik darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Sowohl an den allgemein bildenden Schulen als auch in den Kindertagesstätten muss Musik ein selbstverständlicher Bestandteil sein.

Kindertageseinrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Sie haben einen eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Der Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen hinsichtlich Art, Inhalt, Umfang, Verbindlichkeit und Qualität ist zu einem Thema mit akutem Handlungsbedarf geworden. Eltern und Gesellschaft übernehmen gemeinsam eine große Verantwortung für gelingende Bildungsprozesse in der frühen Kindheit. Alle Beteiligten müssen daher ein Interesse haben, dass die Kindertageseinrichtungen hochwertige Bildungs- und Lernangebote anbieten können. Niedersachsen braucht einen Mentalitätswechsel. Wenn Kinder eine Bildungschance haben und damit in der Wissensgesellschaft eine Zukunftschance haben sollen, dann ist eine signifikante Verbesserung der frühkindlichen Bildung in Deutschland und in Niedersachsen unumgänglich. Sie ist die Grundlage für eine Entwicklung, die unseren wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt sichert.

Es gibt also kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit - Niedersachsen hat ein hohes Handlungsdefizit. Niedersachsen hat bundesweit die schlechteste Versorgung mit Kita-Plätzen. Für 20 % der Kindergartenkinder steht kein Kita-Platz zur Verfügung. Weiterhin sind 85 % der vorhandenen Plätze lediglich für eine vierstündige Aufnahme der Kinder eingerichtet. Die Betreuung für die unter dreijährigen Kinder auf altersgerechten Krippenplätzen ist mit 2,9 % besonders gering. Die SPD-Fraktion hat sich mit vielen Initiativen für die Stärkung der frühkindlichen Bildung als Schlüssel für bessere Lebenschancen ausgesprochen. Die musikalische Bildung ist dabei ein wesentlicher Bestandteil der frühkindlichen Bildung.

Kinder und Jugendliche brauchen Kultur, gemeinsames Musizieren, Theaterspielen, Tanzen, Schreiben, Malen und Gestalten. Dies ist ein wichtiger Weg, Kindern so wichtige Kompetenzen wie Kreativität, Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Toleranz zu vermitteln. Deswegen werden wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher durch ein 2-Säulen-Modellreformieren:

Neben der verbesserten schulischen Ausbildung soll als zweite Säule zumindest für Lehr- und Leitungspersonal die Fachhochschulausbildung stehen.

- B 5.** *In allen Städten und Landkreisen sollen zur Verbesserung des Musikunterrichts an Grundschulen musikpädagogische Werkstätten entstehen:
Durch welche Maßnahmen wird Ihre Partei dies so notwendige Vorhaben unterstützen?*
- B 6.** *Musikalische Begabungen müssen früher gefördert werden als bisher, wichtige musikalische Angebote im Kindergarten und Grundschulen fehlen häufig.
Was unternimmt Ihre Partei für die musikalische Früh- und Frühstförderung?*
- B 7.** *Welche Anstrengungen wird Ihre Partei unternehmen, um das Fach Musik in die Ausbildung der in Kindergarten und Grundschule wirkenden Pädagogen zu integrieren?*
- B 8.** *Welche Maßnahmen planen Sie, um die musikalische Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen - besonders in Bezug auf das animatorische Singen - zu verbessern?*
- Die Versorgung der allgemein bildenden Schulen mit Musiklehrern weist Defizite auf, da die Absolventenzahlen der ausbildenden Hochschulen zu gering sind. Da die Situation in anderen Bundesländern ähnlich ist, werben diese ausgebildete Musiklehrer aus Niedersachsen ab.
- B 9.** *Wie wollen Sie dieser Situation begegnen und den nach wie vor hohen Ausbildungsbedarf decken?*
- B 10.** *Wie wollen Sie eine zukunftsgerichtete Personalplanung durchführen, die den Bedarf an Musiklehrern genauer ermittelt?*
- B 11.** *Wie wollen Sie die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer organisieren, damit u.a. auch eine stärkere Vernetzung der schulischen und außerschulischen Angebote stattfinden kann?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

B 5. Bündnis 90/Die Grünen halten einen Ausbau der Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen für einen zentralen Baustein einer erfolgreichen Bildungsreform. Deshalb unterstützen wir musikpädagogische Werkstätten. Voraussetzung wäre eine Aufstockung der Weiterbildungsetats der Schulen, die aus Grüner Sicht unabdingbar scheint.

B 6. - B 8. Schon in den Kindertagesstätten soll auch die musische Entwicklung kindgerecht angeregt und umfassend unterstützt werden.

Zur Verbesserung der musikalischen Frühförderung muss eine musikalische Ausbildung bereits in den Fachschulen für ErzieherInnen in Kindertagesstätten selbstverständlich sein. Voraussetzung für die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu elementaren Bildungseinrichtungen ist zudem die Aufwertung der ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau.

Die Studienplatzkapazitäten im Bereich Elementarpädagogik sind daher aus Grüner Sicht weiter auszubauen. Sowohl hier wie in der Lehramtsausbildung für Grundschulen sollte Musikpädagogik im Curriculum enthalten sein. Ansonsten gilt auch hier, dass eine bedarfsgerechte Zahl von FachlehrerInnen ausgebildet werden muss. Bei der Umsetzung des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung kritisieren wir, dass die Rückkopplung von Erfahrungen aus der Praxis der Kindertagesstätten und Grundschulen kaum stattfinden kann und damit wertvolles Wissen von „PraktikerInnen“, auch aus dem Bereich Musikpädagogik, sowohl für die Forschung als auch für die Fort- und Weiterbildung verloren geht.

B 9. - B 11. Der Bedarf an Fachlehrkräften soll an Hand der Altersstruktur der Lehrkräfte und der Prognose der Schülerzahlen langfristig ermittelt und die entsprechenden Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Bei Bedarf muss für besondere Fächer, in denen ein Mangel an FachlehrerInnen herrscht, besonders geworben werden, bzw. das Studium und die späteren Berufsperspektiven entsprechend attraktiv gestaltet werden. Die Umstrukturierung des Studiums auf die Bachelor-Master-Struktur muss aus Grüner Sicht unter anderem dazu genutzt werden, Quereinstiege ins Lehramt zu erleichtern und eine schulformübergreifende Ausrichtung des Studiums umzusetzen. Gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen von schulischen und außerschulischen Musikpädagogen, sowohl innerhalb wie außerhalb der Hochschulen, halten wir im Sinne einer regionalen Versorgung mit Qualifizierungsangeboten für sinnvoll. Mit unserem Konzept für eine neue Schule wollen wir nicht nur alle Kinder möglichst lange gemeinsam beschulen, sondern auch die althergebrachte starre Trennung zwischen schulischen und außerschulischen Angeboten aufheben.

CDU

B 5. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt die CDU in Niedersachsen die Einrichtung musikpädagogischer Werkstätten.

B 6. Wir sprechen und dafür aus, musikalische Angebote in Kindergärten im Rahmen des organisatorisch und finanziell Machbaren umzusetzen.

B 7. und B 8. Bei der Gestaltung der Ausbildungs-Kurrikula von Kindergarten- und Grundschulpädagogen sprechen wir uns für eine angemessene Berücksichtigung musikalischer Anteile aus, die je nach fachlicher Bewertung auch das animatorische Singen einschließen kann.

B 9. Für die CDU in Niedersachsen ist entscheidend, dass der Bedarf an gut ausgebildeten Musikschullehrern sowie Musikfachlehrern an Schulen in Niedersachsen auch in Zukunft gedeckt werden kann. Insofern belastbare Daten auf einen Engpass an qualifizierten Musikschullehrerinnen und -lehrern hindeuten, wird eine CDU-geführte Niedersächsische Landesregierung geeignete Maßnahmen prüfen, um bedarfsorientiert weitere Ausbildungskapazitäten über das bisher bestehende Studienangebot an der Hochschule für Musik und Theater Hannover und der Fachhochschule Osnabrück hinaus zu schaffen.

Wir sprechen uns dafür aus, in diesen Zusammenhang auch die Fortbildungsangebote im Bereich der Musikpädagogik für bereits ausgebildete Musiker zu prüfen, um dem gestiegenen Bedarf auch auf diesem Weg zu begegnen. Die CDU in Niedersachsen strebt eine Kampagne für den Lehrerberuf an, um das Berufsbild der Lehrerinnen und Lehrer aufzuwerten. Das schließt alle Lehrfächer ein, auch das der Musik.

B 10. und B 11. Die Ermittlung des Personalbedarfs von Musiklehrkräften werden wir - wie bisher - konstruktiv begleiten und angemessene Möglichkeiten der Organisation und Vernetzung ihrer Aus- und Weiterbildung vorantreiben.

FDP

B 5. Die musikpädagogischen Werkstätten wenden sich besonders an Lehrkräfte, die ohne Fachausbildung Musik an Grundschulen als Neigungslehrkräfte unterrichten. Die Ausweitung dieses Modells setzt die Bereitschaft der Zielgruppe voraus, die Angebote des Musikrates und des NILS anzunehmen.

B6 und B7. In der Fortentwicklung der Ausbildungsinhalte für Lehrkräfte und Erzieher müssen musikalische Qualifikationen künftig wieder eine stärkere Rolle spielen. Für dieses Ziel setzt sich die FDP ein. Wir werden darauf achten, dass bei der Neugestaltung der Lehrerausbildung die Anteile theoretischer und vor allem praktischer Musikkennnisse gestärkt werden.

B 8. Die musikalische Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen bedarf qualifizierter Pädagogen vor allem in den Fachschulen Sozialpädagogik, die gegenwärtig nicht überall in wünschenswerter Zahl zur Verfügung stehen.

Ergänzend ist ein breites Fortbildungsangebot vonnöten, das nach unserer Kenntnis beim Landesmusikrat vorgehalten wird.

B 9. und B 10. Es geht vor allem darum, junge Menschen dazu zu motivieren, Musiklehrer zu werden. Der Bedarf an Lehrkräften und seine Entwicklung im Zeitverlauf ist durchaus bekannt. Eine Planung kann den sich entwickelnden Bedarf darstellen, bringt aber noch keinen einzigen zusätzlichen Musiklehrer hervor.

B 11. Dies ist eine originäre Aufgabe der Musikhochschulen. Bereits in der Hochschule sollte der Unterschied zwischen den Studiengängen nicht zementiert sein. Jeder Instrumentalist sollte bereits in der Hochschule Erfahrungen in Ensembleleitung, Singen und Arbeit mit Kindern und Laien sammeln, jeder angehende Schulmusiker in der Lage sein, zumindest elementaren Instrumentalunterricht zu geben und vor allem qualifiziert mit Kinder zu singen.

SPD

Der Pisa-Schock hat die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die Defizite in den sogenannten Kernfächern wie Deutsch oder Mathematik gelenkt. Kreative Gestaltung, musikalische Bildung und ästhetische Erziehung haben jedoch eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Lernfähigkeit und der Persönlichkeit von Kindern. Dies zeigen auch die neuesten Ergebnisse der Hirnforschung.

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen umfassenden Masterplan zur Förderung und Stärkung der kulturellen Bildung als wichtiges und notwendiges Element des schulischen und frühkindlichen Angebots ein. Kulturelle Bildung ermöglicht und fördert Kreativitätseentwicklung, Kommunikations- und Handlungskompetenz, Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeit und kann Menschen stark und stolz auf eigene Fähigkeiten machen, dies betrifft in besonderer Weise Kinder und Jugendliche, deren verbale Ausdrucksmöglichkeiten entwicklungsbedürftig sind. Auch der interkulturelle Dialog setzt kulturelle Bildung voraus.

Beim Musizieren, Theaterspielen, Tanzen oder bildnerischen Gestalten erleben sich Kinder und Jugendliche als ganzheitlich; der Intellekt und die Emotionalität, die Fantasie und das Wollen werden gleichermaßen angesprochen. Denken und Sinnlichkeit sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen.

Zu den künstlerischen Angeboten müssen themenbezogene, auch klassen- und jahrgangsübergreifende Aktivitäten gehören, Arbeitsgruppen zu Film und Medien, Musik, Theater, Tanz und Bildender Kunst sollen entwickelt werden, denn das Ziel ist, Interesse und die Freude an künstlerischen Tätigkeiten zu wecken und zu fördern. Insbesondere Ganztagschule bietet hierfür organisatorische und inhaltliche Perspektiven für die Kooperation mit kulturellen Einrichtungen und sind auch für die Gestaltung der vollwertigen Ganztagschule ein wichtiges Element. Die kulturelle Bildung an unseren Schulen ist grundlegend zu stärken und ersetzt nicht den in der Stundentafel festgelegten Musik- und Kunstunterricht. Wenn das Interesse an Kultur im Elternhaus nicht geweckt wird, können Schulen diese Defizite bisher nur unzureichend ausgleichen. Der RTLisierung müssen wir als Gesellschaft dringend Qualität entgegen setzen. Was bei der PISA-Studie für Mathematik und Lesen gilt, trifft genau so auf die kulturelle Bildung zu. Wir verweisen auf das Jugend-Kulturbarometer, das von der Stiftung Niedersachsen konzeptionell und finanziell unterstützt worden ist und ziemlich eindeutig mangelnde kulturelle Angebote für junge Niedersachsen konstatiert. Junge Menschen in Niedersachsen bilden das Schlusslicht bei einem Ländervergleich.

Die niedersächsischen Schulen beklagen insbesondere im Fach Musik einen Mangel an Lehrkräften. Es fehlen an den niedersächsischen Schulen bereits jetzt Musiklehrkräfte. So werden im Zeitraum von 2010 bis 2017 an den niedersächsischen Grundschulen 313, an den Hauptschulen 45, an den Realschulen

C. HAUPTSACHE:MUSIK

Mit der Vorlage des Ergebnisberichts „5 Jahre HAUPTSACHE:MUSIK Niedersachsen“ im Mai 2007 hat der Landesmusikrat durch beispielhafte Projekte belegt, dass die Unterstützung von Modellprojekten der Musikpädagogik zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulmusik und allen Partnern der Musikkultur beitragen kann.

„Musik, Singen und aktives Musizieren gewinnen bei Kindern und Jugendlichen wieder deutlich an Boden und sollen einen angemessenen Stellenwert in Niedersachsen einnehmen“, beschrieb Kultusminister Busemann das Anliegen des Aktionsprogramms. Niedersachsen sei inzwischen bundesweit führend in vielen musikpädagogischen Bereichen.

So haben zum Beispiel nahezu 20.000 Kinder in den 430 Bläserklassen an über 120 Schulen im ganzen Land das Spielen eines Orchesterblasinstrumentes erlernt. Die niedersächsischen Bläserklassentage, wie 2006 in Osnabrück mit fast 3000 Bläserinnen und Bläsern, sind inzwischen ein fester Bestandteil im niedersächsischen Veranstaltungskalender. Für 2008 ist Hildesheim als Austragungsort vorgesehen.

Als weiteres Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit im Aktionsprogramm ist das Kinderchorfestival „Kleine Leute - Bunte Lieder“ mit 20 regionalen Veranstaltungen zu nennen, das 2008 mit Unterstützung der Niedersächsischen Sparkassenstiftung fortgesetzt werden soll. Dies belegt die sich positiv ändernde Grundeinstellung gegenüber dem Singen. Kultusminister Bernd Busemann hat auf einer Pressekonferenz im Mai 2007 angekündigt, dass die Förderung musikpädagogischer Projekte im Aktionsprogramm HAUPTSACHE:MUSIK fortgesetzt werden solle. Er strebe dazu eine Zielvereinbarung mit dem Landesmusikrat an, um auf diese Weise eine kontinuierliche Projektförderung für die Kooperation von allgemein bildenden Schulen und außerschulischen Einrichtungen des Musiklebens in Niedersachsen zu erreichen.

- C 1.** *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, Projekte der Aktion HAUPTSACHE:MUSIK nicht innerhalb eines Haushaltsjahres abzuschließen sondern den Förderzeitraum an das jeweilige Schuljahr binden zu können?*
- C 2.** *Werden Sie den Abschluss einer mehrjährigen Zielvereinbarung vergleichbar der Zielvereinbarung des Landesmusikrates mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterstützen, die über eine jährliche befristete Projektförderung hinaus geht?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C 1. und C 2. Wir setzen uns dafür ein, dass alle haushaltstechnisch notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Förderung für Projekte im Aktionsprogramm Hauptsache:Musik an das Schuljahr zu koppeln. Darüber hinaus halten wir es grundsätzlich für sinnvoll, Förderprogramme mit Hilfe von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mehrjährig anzulegen. Damit wird nicht nur Planungssicherheit gewährleistet, sondern man schafft Rahmenbedingungen für die Entwicklung innovativer Konzept und Raum zum Experimentieren, was beides aus Grüner Sicht im Sinne eines effektiven Mitteleinsatzes und im Interesse einer Qualitätssicherung dringend geboten ist.

CDU

C 1 und C 2. Eine Anpassung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine mehrjährige Projektförderung sowie die vom Landesmusikrat angestrebte mehrjährige Zielvereinbarung muss vor dem Hintergrund bestehender haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten sorgfältig geprüft werden.

FDP

C 1. Ja.

C 2. Die mittelfristigen Zielvereinbarungen haben sich in vielen Teilen der Kulturarbeit in Niedersachsen bewährt, da sie den Zuwendungsempfängern eine Planungssicherheit über die Dauer von Haushaltsjahren geben. Eine solche Zielvereinbarung für die „Hauptsache:Musik“ hätte dieselben Vorteile und findet daher unsere Unterstützung.

SPD

100 und an den Gymnasien 200 Musiklehrkräfte benötigt werden. Insgesamt also besteht ein Bedarf von 658 Musiklehrkräften in diesem Zeitraum. Mit der herkömmlichen Verfahrensweise kann diesem Bedarf nicht entsprochen und die Versorgungslücken nicht geschlossen werden.

Nach Auffassung der SPD muss über neue Wege in der Musiklehrerausbildung nachgedacht werden.

Deswegen hat die SPD-Fraktion den Entschließungsantrag „Fachlehrermangel beseitigen – Neue Wege in der Musiklehrerausbildung“ im September 2007 in den Landtag eingebracht.

In Zusammenarbeit mit den Musiklehrer ausbildenden Hochschulen des Landes werden wir überprüfen, ob es möglich und sinnvoll ist, im Mangelfach Musik die Verpflichtung für die Studierenden aufzuheben, mindestens zwei Unterrichtsfächer studieren zu müssen. So könnte neben der herkömmlichen Musiklehrerausbildung mit zwei Fächern Lehramtsausbildung ermöglicht werden, die Musik als ausschließliches Unterrichtsfach beinhaltet. Damit könnte dem großen Mangel an Musiklehrkräften entgegen gewirkt werden.

C 1. und C 2. Die Landesaktion „Hauptsache:Musik Niedersachsen“ kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden und dies Dank des großen Engagements vieler Beteiligter.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das von ihr begonnene Programm fortsetzen. Das Programm fördert die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und anderen Institutionen der Musikkultur. „Hauptsache:Musik Niedersachsen“ ist hervorragend geeignet, Schülerinnen und Schülern die Chance der Teilhabe an der Musikkultur zu erschließen. „Hauptsache:Musik“ ist aus Niedersachsen nicht mehr wegzudenken. Das belegt der Ergebnisbericht „5 Jahre Hauptsache:Musik Niedersachsen“ vom Dezember 2006 eindrucksvoll. Das Instrument der Zielvereinbarungen dient dazu, dass erfolgreiche Projekte wie „Hauptsache Musik“ Planungssicherheit erhalten und nachhaltig für das Musikleben in Niedersachsen wirken.

D. MUSIKSCHULEN

Musikalische Bildung macht klug und stark! Diese Weisheit ist nicht nur wissenschaftlich untermauert, sondern sicher schon von Ihnen persönlich er- und gelebt worden.

Dem Landesverband niedersächsischer Musikschulen gehören 74 kommunal getragene Musikschulen an. An diesen Schulen werden im Musikland Niedersachsen über 80.000 Kinder und Jugendliche von rund 2.500 Fachlehrkräften unterrichtet. Öffentliche Musikschulen sind die Kompetenzzentren der musikalischen Bildung im Land Niedersachsen. Sie erfüllen flächendeckend einen öffentlichen Bildungsauftrag und halten ein umfassendes und qualitativ hochwertiges musikpädagogisches Angebot vor. Dieses umfasst sowohl die musikalische Breitenarbeit als auch die Förderung musikalisch besonders begabter Kinder bis hin zur Studien- und Berufsvorbereitung durch instrumentale und vokale Ausbildungsgänge, insbesondere aber auch durch das breite und in der Regel kostenfreie Angebot zum gemeinsamen Singen und Musizieren in Ensembles, Orchestern, Chören und Bands.

In vielfältiger Weise kooperieren niedersächsische Musikschulen mit allgemein bildenden Schulen (z. Zt. in über 1000 Projekten), mit Kindertagesstätten und mit Vereinen der Laienmusik. Die Träger von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Musikvereinen, vor allem aber auch die Eltern wünschen unter Berücksichtigung von Qualität, Kontinuität und Planungssicherheit einen Ausbau der Kooperationen und eine stärkere Verzahnung der Projekte mit den vorhandenen pädagogischen Angeboten.

Die Aufgaben der Musikschulen haben in den letzten Jahren nicht zuletzt auch im Interesse des Landes zugenommen. Demgegenüber stagnieren die Landesmittel für die niedersächsischen Musikschulen seit vielen Jahren. Der Finanzierungsanteil des Landes beläuft sich gegenwärtig auf 1,5 % der Gesamtkosten.

Deshalb war die erstmalige Ausweisung von Landesmitteln zur Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Musikschulen und allgemein bildenden Einrichtungen im Haushaltsjahr 2007 ein gutes erstes Signal. Der Landesverband niedersächsischer Musikschulen sieht jedoch die Notwendigkeit, der Arbeit der Musikschulen insgesamt eine dem Landesinteresse entsprechende finanzielle und ideelle Unterstützung und Absicherung zukommen zu lassen.

Die öffentlichen Musikschulen in Niedersachsen stehen für Qualität in der musikalischen Bildung. Sie sind bereit und in der Lage, mehr Verantwortung für die wichtige musikalische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen zu übernehmen. Sie brauchen dafür aber den Auftrag und die Unterstützung der Politik.

D 1. *Welchen Stellenwert messen Sie der von den öffentlichen Musikschulen geleisteten musikalischen Bildungsarbeit bei und wie sollte sich dies Ihrer Meinung nach in der Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Einrichtungen niederschlagen?*

D 2. *Unterstützen Sie die Auffassung des Landesverbandes niedersächsischer Musikschulen, dass zum Schutz der Kinder vor pädagogisch unqualifizierten Angeboten verbindliche Qualitätsrichtlinien für musikalische Bildungsangebote in Schulen und Kindertageseinrichtungen entwickelt und eingehalten werden sollten?*

D 3. *Welche Aufgaben sollten nach Ihrer Meinung die an vielen Orten und Regionen Niedersachsens entstandenen Bündnisse zwischen öffentlichen Musikschulen und Laienmusikvereinen künftig verstärkt in gemeinsamer Verantwortung übernehmen?*

Öffentliche Musikschulen und Schulen sind mehr denn je auf qualifiziertes pädagogisches Fachpersonal angewiesen. Viele geeignete und motivierte Bewerber erhalten jedoch u.a. aufgrund der wachsenden Zahl internationaler Studienbewerber und der damit gestiegenen künstlerischen Aufnahmeanforderungen keinen Studienplatz an einer Musikhochschule.

D 4. *Wie wollen Sie dem gegensteuern und erreichen, dass der an unseren Bildungseinrichtungen dringend benötigte pädagogische Nachwuchs bedarfsorientiert ausgebildet werden kann?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

D 1. Musikschulen stellen eine der tragenden Säulen im Bereich staatlich geförderter kultureller Bildung dar. Um so weniger ist es hinnehmbar, dass das Land Niedersachsen seine Musikschulen im Bundesvergleich auf besonders niedrigem Niveau fördert. Auch wenn die Förderung von Musikschulen in erster Linie Aufgabe der Kommunen ist, gemäß ihrem Stellenwert für die musikalische Bildung halten wir eine Aufstockung der Landesmittel für dringend geboten. Da aus Grüner Sicht die Angebote der Musikschulen, wie alle Bildungsangebote, dem Prinzip der Chancengerechtigkeit verpflichtet sein müssen, würden wir eine Mittelaufstockung besonders für die Bereiche befürworten, die einer möglichst breiten Teilhabe, gerade auch bildungsferner Schichten verpflichtet sind.

D 2. Für alle Formen kultureller Bildung an Schulen und Kindertagesstätten halten wir verbindliche Qualitätsrichtlinien für unabdingbar. Die Fachverbände sollten sowohl bei der Erstellung der Richtlinien als auch bei der Überprüfung deren Einhaltung einbezogen werden. Ebenfalls wäre denkbar, dass bei den Fachverbänden Qualifizierungsangebote angesiedelt werden. Zukünftig wäre für den Musikbereich auch eine Einbindung der Landesmusikakademie denkbar.

D 3. Die Bündnisse scheinen geeignet, Nachwuchs zu rekrutieren und sollten der Qualifizierung von Laienmusikern dienen.

D 4. Der Mangel an Studienplätzen ist in Niedersachsen in vielen Fachbereichen ein großes Problem. Diesem Problem ist aber sicher nicht durch eine Einschränkung der Aufnahme ausländischer Studenten zu begegnen, sondern es kann nur durch eine Aufstockung der Studienplatzkapazitäten, die wir seit Jahren fordern, gelöst werden.

CDU

D 1. Die Bedeutung der musikalischen Bildungsarbeit durch die öffentlichen Musikschulen schätzt die CDU in Niedersachsen sehr hoch ein. Gemeinsame mit den nicht-staatlichen Trägern ist auch in Zukunft eine angemessene Finanzierung im Rahmen des Haushaltsspielraums sicherzustellen.

D 2. Inhaltliche Vorschläge des Landesmusikrats nach Qualitätsrichtlinien für musikalische Bildung begrüßen wir. Sie sollten nach Maßgaben des Lehrbetriebs sorgfältig geprüft und entsprechend der fachlichen Bewertung Anwendung finden.

D 3. Die bisher entstandenen Bündnisse zwischen öffentlichen Musikschulen und Laienmusikvereinen begrüßt die CDU in Niedersachsen sehr. Insbesondere in der musikalischen Bildung von Kindern und Jugendlichen sehen wir eine hohe Relevanz dieser Bündnisse.

D 4. (vgl. Antwort zu B 9.)

FDP

D 1. Siehe dazu die Ausführungen unter A 2. Die FDP sieht insbesondere die Notwendigkeit, den Bereich der vorberuflichen Fachausbildung stärker als bisher als Landesaufgabe zu verstehen.

D 2. Wir begrüßen die Initiativen zahlreicher Musikschulen und ihres Landesverbandes um ein Qualitätssiegel. Die Mitgliedschaft im Verband deutscher Musikschulen ist an Bedingungen geknüpft, die bereits eine qualitative Vorauswahl darstellen, so dass Verbandsmusikschulen erfolgreich mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft im Verband werben. Wir begrüßen die Entwicklung von Qualitätsrichtlinien, wie sie innerhalb unterschiedlicher Musikverbände betrieben wird. Eine Verbindlichkeit solcher Richtlinien wäre nicht vorstellbar ohne staatliche Aufsicht und Kontrolle, mithin auch zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Die FDP ist sehr offen für eine Diskussion über solche Richtlinien und die Nebenwirkungen ihrer Verbindlichkeit.

D 3. Die Kontaktstellen Musik haben sich bewährt und leisten hervorragende Arbeit. Die FDP will ihre Förderung für die Zukunft sichern. Laienmusiker und Musikschulen ergänzen einander vorzüglich in der Aufgabe, Kenntnisse und Fähigkeiten der Musikausübung zu vermitteln. Ihre Kooperation dient allen Partnern. Die Kontaktstellen mit ihren Projekten sind Motor dieser Kooperationen. Die Aufgabe der Kooperation und anderer Modelle wie der Bläserklassen ist es, möglichst viele Menschen für das Musizieren zu begeistern und dabei die Einstiegshürden, namentlich die finanziellen, abzusenken.

D 4. Die Auswahl von Studierenden liegt traditionell bei den Musikhochschulen. Diese haben die Aufgabe, künstlerische Höchstleistungen ihrer Studierenden zu ermöglichen und die Berufsfähigkeit junger Instrumentalmusiker und Musikpädagogen zu gewährleisten. Wir erwarten von den Hochschulen, beiden Aufgaben in gleicher Weise gerecht zu werden. Der Ausgleich zwischen den hier dargestellten widerstreitenden Interessen obliegt den Hochschulgremien in eigener Verantwortung.

SPD

D 1. - D 4. Die SPD wird die Kulturförderung nicht auf kommerzielle Dienstleistung reduzieren. Wir sind stolz auf unsere kulturellen Leuchttürme, wir sind aber auch stolz auf die kulturelle Vielfalt in unserem Land. Das gilt für unsere Musiklandschaft und unsere Theater ebenso wie für Literatur und Soziokultur. Die 74 kommunal getragenen Musikschulen, an denen über 80.000 Kinder und Jugendliche von rund 2.500 Lehrkräften unterrichtet werden, sind aus dem Musikleben in Niedersachsen nicht wegzudenken. Wir erkennen ausdrücklich die wichtige und in vielen Bereichen hervorragende Arbeit der Musikschulen an und wir wissen um die Bedeutung der Vermittlung von Musikunterricht.

Auch für das Feld der kulturellen Bildung sind die Kompetenzen der Musikschulen erforderlich. Mit dem bereits genannten Entschließungsantrag „Masterplan für kulturelle Bildung in Niedersachsen erforderlich“ hat sich die SPD-Landtagsfraktion dafür eingesetzt, dass der Landesverband der Musikschulen eigenständig, wegen seiner Kompetenzen, in diesen Masterplan einbezogen werden muss. Insgesamt 2 Millionen Euro hat die SPD-Fraktion für den Haushalt 2007 beantragt. Dabei sollte die Förderung der Musikschulen um eine Million Euro erhöht werden, um deutlich zu machen, dass es nicht nur um kommunale Aufgaben geht, sondern das Land sich bei der kulturellen Bildung als Landesaufgabe in der Pflicht sieht.

E. LAIENMUSIK

Eine breite Laienmusikbewegung ist der Nährboden für eine lebendige Musikkultur eines Landes und befördert die kulturelle Identität der Bürger und Bürgerinnen in einem Europa der Regionen. Nach der Studie „Ehrenamt in der Musikkultur Niedersachsens“ sind in Niedersachsen ca. 460.000 Personen im Laienmusikbereich des Landesmusikrates organisiert.

E 1. *Welchen gesellschaftspolitischen Stellenwert messen Sie der sozialintegrativen und soziokulturellen Arbeit der Laienmusikvereine (Vokalensembles und Instrumentalmusik) bei und welche Aufgaben sollte dabei die Landespolitik übernehmen?*

Mit der Neuordnung der Kulturförderung hat der Landesmusikrat eine Zielvereinbarung über die Förderung der Laienmusik bis zum Jahr 2009 mit dem Land abgeschlossen. Dadurch haben auch einige große Laienmusikverbände eine größere Verlässlichkeit durch die Möglichkeit der Mittelweiterleitung durch den Landesmusikrat erhalten.

E 2. *Werden Sie den Abschluss von Zielvereinbarungen auch zukünftig unterstützen?*

F. FÖRDERUNG VON ÜBUNGSLEITERN

Die Übungsleiterpauschale ist ein bewährtes Instrumentarium, um mit Hilfe einer Anreizfinanzierung zu einer Verbesserung der Qualität im Laienmusikbereich beizutragen. Seit Jahren werden ca. 650 Orchester und Chöre in Niedersachsen mit insgesamt etwa 250.000 Mitgliedern durch einen Zuschuss bis zu 307 Euro zu den Honoraren von musikalischen Übungsleitern gefördert. Wegen der großen Zahl von Anträgen betrug die tatsächliche Auszahlungshöhe 2006 jedoch nur 171 Euro. Die Förderung basiert auf der Grundlage eines zwischen Land Niedersachsen und dem Landesmusikrat geschlossenen Vertrages zur Durchführung von Verwaltungsaufgaben nach § 9b Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen.

Dieser Beleihungsvertrag über 116.250 Euro läuft derzeit am 31.12.2007 aus. Im Zusammenhang mit verschiedenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes und zu erwartenden Neuregelungen des Lotterierechtes auf europäischer Ebene ist dieses Verfahren zukünftig nicht gesichert. Darüber hinaus sind im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltes 2005 die Mittel im Bereich der Übungsleiterförderung um 25 % (38.750 Euro) gekürzt worden.

Die Laienmusikverbände sehen in den kommenden Jahren einen erheblichen Bedarf an der Qualifizierung zusätzlicher Übungsleiter, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften für musikpädagogische Aufgaben im Musikland Niedersachsen zu erfüllen. Mit dem Musikmentorenprogramm ist ein Modellprojekt entwickelt worden, dass sich zum Ziel gesetzt hat, musikalisch und musikpädagogisch begabte Jugendliche zu motivieren, sich ehrenamtlich in der musikalischen Jugendarbeit in Vereinen und Schulen zu engagieren und Impulse zur Wahl musikpädagogischer Berufe zu geben. Dies kann auch eine Maßnahme sein, das Defizit im Arbeitsfeld musikpädagogischer Berufe mittelfristig auszugleichen.

Die Laienmusikverbände sehen diese Zielsetzung als wichtigen Baustein zur Zukunft der Musikpädagogik und des Ehrenamtes im Musikland Niedersachsen. Sie erwarten angesichts der verbesserten Haushaltslage hier das finanzielle Engagement des Landes mindestens in Höhe der Kürzungen bei der Förderung der Übungsleiter im Jahr 2005.

F 1. *Werden Sie sich für den Erhalt der Übungsleiterförderung auf Basis einer abgesicherten Finanzhilfe einsetzen?*

F 2. *Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, Landesmittel mittelfristig abgesichert für die Qualifizierung von Musikmentoren einzusetzen?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

E 1. Die Förderung der Laienmusik ist aufgrund ihrer sozialintegrativen Funktion und ihrer breitenpädagogischen Wirkung gerade unter dem Aspekt möglichst breiter Teilhabe für Bündnis 90/Die Grünen von zentraler Bedeutung. Dabei gilt es auch projektbezogene musikalische Zusammenschlüsse, die außerhalb herkömmlicher Orte und Vereine stattfinden, gleichberechtigt zu unterstützen.

E 2. Das Instrument der mehrjährigen Zielvereinbarung befürworten wir ausdrücklich und würden es auch für die Laienmusik weiter fortsetzen. Ob es dazu der neu geschaffenen Säulenstruktur bedurft hätte, halten wir für fragwürdig. Für den Musikbereich mag die Säulenstruktur sinnvoll sein. Spartenüberschreitende Lösungen haben, wie das niedersächsische Modell zeigt, dagegen keinerlei Synergieeffekte.

F 1. und F 2. Die Förderung von Übungsleitungen trägt zur Qualifizierung der Laienmusik bei. Daher haben wir die Kürzungen in 2005 (wie alle Kürzungen bei freien Trägern im Bereich Kultur) scharf kritisiert und im Rahmen der Haushaltsberatungen einen entsprechenden Gegenantrag gestellt. Auch das Projekt der Qualifizierung von Musikmentoren ist sinnvoll und aus Grüner Sicht aus Landesmitteln zu fördern. Welches Finanzierungsmodell nach den zu erwartenden Neuregelungen des Lotterierechtes gewählt werden sollte, bliebe auszuhandeln. Wir erwarten ggf. Vorschläge des Landesmusikrates.

CDU

E 1. Alle die musikalische Betätigung und die Geselligkeit fördernden Laienmusikvereine haben eine besondere Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden.

Die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements, bspw. durch die Ehrenamtskarte des Landes Niedersachsen, werden wir fortsetzen.

E 2. Die CDU in Niedersachsen steht auch in Zukunft dem Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen dem Landesmusikrat und dem Land Niedersachsen offen und konstruktiv gegenüber.

F 1. und F 2. Wir streben eine Fortsetzung der Übungsleiterförderung im Rahmen bestehender Haushaltsspielräume des Landes Niedersachsen an. Die Bereitstellung von Landesmitteln für die Qualifizierung von Musikmentoren werden wir offen und konstruktiv prüfen.

FDP

E 1. Der gesellschaftspolitische Stellenwert der Laienmusik und ihrer Verbände ist immens. Mit Recht werden in unzähligen Festreden die Worte Johann Gottfried Seumes „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder...“ zitiert. Aufgabe der Landespolitik ist es, gute Rahmenbedingungen für die Qualifizierung der in der Laienmusik Tätigen zu schaffen. Mit der Finanzierung und dem Baubeginn der Landesmusikakademie in finanziell schwierigen Zeiten hat die Landesregierung mit Unterstützung der FDP gezeigt, dass sie die Bedeutung des Musiklebens nicht nur in Worten darlegt sondern durch Taten unterstützt.

E 2. Ja. Zielvereinbarungen sind ein modernes Instrument politischen Handelns die die Beschränkung der Politik auf Haushaltsjahre überwindet.

F 1. Ja.

F 2. Das Modell der Musikmentoren ist ein interessanter und praxisnaher Weg, musizierende Jugendliche zu Multiplikatoren heranzubilden und sie mit der Möglichkeit künftiger Berufstätigkeit in der Musik vertraut zu machen. Entsprechend dem unter D1. gesagten ist die Heranführung an berufliche Tätigkeit künftig stärker als Landesaufgabe zu verstehen.

SPD

E 1. und E 2. Nach Auffassung der SPD ist die Laienmusik zentraler und vitaler Bestandteil der niedersächsischen Musikkultur und gleichzeitig wesentlicher Ort des gesellschaftlichen Austausches. Musik hebt die Unterschiede in Beruf, Religion, Herkunft oder Lebensform auf. Die Laienmusik hat über ihr musikalisches Wirken hinaus auch weit reichende kulturelle und soziale Dimensionen. Insbesondere Ganztagschulen bieten für die Laienmusikverbände organisatorische und inhaltliche Perspektiven für die Kooperation und sind auch für die Gestaltung der vollwertigen Ganztagschule ein wichtiges Element. Alle sind sich einig, dass mehr individuelle Förderung nötig ist. Ein rhythmisierter Schultag, der Zeit lässt zum konzentrierten Arbeiten und Entspannen, zum Üben und Ausprobieren, zum Musizieren und zum Miteinander von Schülern und Schülerinnen und Lehrkräften, lässt auch Zeit zum Fördern und zum Ausgleich milieubedingter Defizite. Solche Ganztagschulen wünschen wir uns für die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte, die mit ihrem pädagogischen Können, mit Idealismus und Engagement Konzepte entworfen haben und umsetzen wollen. Uns geht es um wirkungsvolle Ganztagschulen, die den Namen verdienen, um Ganztagschulen, die zusätzliche Mittel erhalten und in der Lage sind, die Unterrichtsqualität zu steigern, individuell zu fördern, Defizite auszugleichen und Chancengleichheit zu realisieren. Dazu wird die SPD ein 12 Mio. Euro Sofortprogramm auflegen. Zielvereinbarungen sind ein geeignetes Instrument, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

F 1. und F 2. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde unter der damaligen SPD-geführten Landesregierung ab dem Haushaltsjahr 2002 die Entscheidungsbefugnis über Anträge auf Gewährung von Übungsleitungspauschalen dem Landesmusikrat Niedersachsen e.V. mittels Beleihungsvertrag übertragen. Dieses ist ein gutes Beispiel für das sozialdemokratische Verständnis von Kulturpolitik. Um Kulturförderung optimal zu gestalten, treten wir in den aktiven Dialog über Kulturpolitik und Kulturarbeit, Qualität und Gestaltungsfreiräume. Grundlage dafür ist für uns ein Bild, eine Konzeption, eine Idee von Kultur und eine Kommunikationsebene, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt und Vertrauen.

G. EHRENAMT IN DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Um die Vielfalt des kulturellen Angebots in den Regionen Niedersachsens zu erhalten und zu sichern, ist es notwendig, bewährte Strukturen und Organisationsformen auszubauen und darüber hinaus weitere Möglichkeiten zu finden, mit deren Hilfe man die Qualität im Kulturbereich aufrechterhalten und fördern kann. Bereits heute ist deutlich erkennbar, dass sich ein breites kulturelles Angebot nur mit Hilfe des Einsatzes von freiwillig/ehrenamtlich Tätigen aufrecht erhalten lässt. Für den ländlichen Raum gilt dies im stärkeren Maße als für den städtischen Raum.

Nach der Studie „Ehrenamt in der Musikkultur Niedersachsens“ sind in Niedersachsen ca. 40.000 Personen im Laienmusikbereich ehrenamtlich als Jugendgruppenleiter, Pressereferenten, Vereinsvorsitzende und Organisationshelfer aktiv. Die eingesetzte Zeit der Ehrenamtlichen beläuft sich in der Summe auf 4,32 Mio. Stunden pro Jahr (Erhebungsstand 1999). Diese Zeit hat einen Nettogeldwert von 50,8 Mio. Euro und einen Bruttogeldwert von 86,14 Mio. Euro. Dazu kommen noch etwa 2,56 Mio. Euro pro Jahr, die durch die Ehrenamtlichen in Niedersachsen aus eigener Tasche den Vereinsmitgliedern und damit über deren öffentliche kulturelle Aktivitäten auch der Gesellschaft insgesamt geschenkt werden.

Vor diesem Hintergrund scheint die Aussage immer noch berechtigt, dass das Ehrenamt und damit auch das Vereinswesen und Vereinsleben in Niedersachsen ausdifferenziert und lebendig ist und dass das Interesse und die Bereitschaft der Bevölkerung zum Engagement im kulturellen/gesellschaftlichen Leben nicht nachlässt, sondern neue Profile benötigt. Die Erwerbung neuer Kompetenzen und die Chance zur aktiven Mitgestaltung der übernommenen Aufgabe stellen dabei eine wichtige Motivation dar. Starre und komplexe Verwaltungsstrukturen wirken eher abschreckend.

Das Netzwerk ehrenamtlicher Arbeit bedarf der professionellen Beratung und Betreuung, wie sie der Landesmusikrat gewährleistet.

- G 1.** *Welche Bedeutung messen Sie dem ehrenamtlichen Engagement für die Musikkultur Niedersachsens zu?*
- G 2.** *Wie wollen Sie die Motivation zu ehrenamtlicher Arbeit zukünftig fördern?*
- G 3.** *Werden Sie die Notwendigkeit zur Verbesserung der Qualifizierung der Ehrenamtlichen durch geeignete Fortbildungsmöglichkeiten und eine Unterstützung durch professionelle Berater unterstützen?*
- G 4.** *Werden Sie die professionelle Beratung und Betreuung der Laienmusik durch den Landesmusikrat auch zukünftig durch den Abschluss von Zielvereinbarungen gewährleisten?*

Der Vollzug der Haushaltsordnung im Zuwendungsrecht behindert bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative (z.B. Jährlichkeitsprinzip, Fehlbedarfsfinanzierung, Verbot der Rücklagenbildung, Besserstellungsverbot). So sieht die niedersächsische Reisekostenregelung bei der Projektförderung durch Landesmittel – unabhängig von der Höhe der Eigenmittel – derzeit eine Förderungsobergrenze von 60 Euro bei der Erstattung von PKW-Kosten je Fahrt vor. Das bedeutet, dass jeder ehrenamtliche Musikdozent aus dem ländlichen Raum, der sein Instrument zur Durchführung von Seminarangeboten mit dem PKW befördern muss, ab einer Entfernung von 151 km die zusätzlichen Fahrkosten nicht erstattet bekommt. Im Flächenland Niedersachsen kommt dies einer Diskriminierung aller Laienmusiker gleich, die nicht in städtischen Zentren mit guter Nahverkehrsanbindung leben.

- G 5.** *Sehen Sie hier grundsätzlich und im speziellen Reformmöglichkeiten zur Vereinfachung und Verbesserung?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

G 1. - G 5. Wir stehen als Grüne für die Förderung von Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Daher begrüßen wir jede Form von freiwilligem Engagement. Ohne Ehrenamt wäre das Musikleben in Niedersachsen auf heutigem Niveau weder denkbar noch haltbar. Wir betonen aber auch, dass bürgerschaftliches Engagement sozialstaatliches Handeln nicht ersetzen kann und nur funktioniert, wenn es eine professionelle Unterstützungsstruktur gibt. Eine Motivation zum Ehrenamt braucht eine Anerkennungskultur die zumindest über das Steuer- und Spendenrecht (Zuständigkeit des Bundes) oder Aufwandspauschalen finanzielle Aufwendungen kompensiert.

G 3. und G 4. Hinzu kommt die Notwendigkeit der Qualifizierung und Beratung der Ehrenamtlichen. Hier kommt in der Kulturarbeit den Spartenverbänden eine zentrale Rolle zu, für die sie allerdings auch entsprechend finanziell ausgestattet werden müssen.

Wir haben bereits mit der Kürzungsrunde 2005 die Folgen für die ehrenamtliche Arbeit problematisiert und entsprechende Gegenanträge gestellt. Den Abschluss von Zielvereinbarungen halten wir dabei, wie seit Jahren gefordert, für weiterhin zielführend.

G 5. Wir unterstützen jede Form der Verwaltungsvereinfachung bei Mittelverwendung und Kostenrückerstattung für das Ehrenamt. Zur konkreten Ausgestaltung der Reisekostenregelung im Bereich der ehrenamtlichen MusikdozentInnen wäre eine Verständigung mit dem Landesmusikrat darüber herzustellen, wie ein solches vereinfachtes und gerechtes Verfahren auszusehen hätte.

CDU

G 1. Das ehrenamtliche Engagement ist für die Musikkultur in Niedersachsen von entscheidender Bedeutung. Viele hunderttausende Menschen engagieren sich hier in Vereinen, Chören, Orchestern und anderen Ensembles. Wir messen dieser ehrenamtlich getragenen Laienmusikkultur einen sehr hohen Stellenwert für das kulturelle Leben in Niedersachsen bei.

G 2. Die erfolgreich eingeführte Ehrenamtskarte des Landes Niedersachsen, die einer Anerkennung für die Tätigkeit der ehrenamtlichen Musiker und Organisatoren darstellt, werden wir fortsetzen. Außerdem wollen wir durch Auszeichnungen wie den Praetorius Musikpreis in der Kategorie Ehrenamt das private Engagement weiter stärken.

G 3. und G 4. Wir streben an, die Förderung der Fortbildung und Qualifizierung Ehrenamtlicher sowie die Förderung der professionellen Beratung der Laienmusik auch in Zukunft nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes im bisherigen Umfang fortzusetzen.

G 5. Alle Anregungen und Reformvorschläge des Landesmusikrates werden wir offen und konstruktiv prüfen.

FDP

G 1. Für die FDP ist die Stärkung des selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Engagements der Bürger ein hoher Wert. Dieses Engagement zeigt sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen und auch in der Musikkultur. Nicht nur die Millionen Chorsänger und Mitwirkenden in Ensembles der Laienmusik sondern auch unzählige Übungsleiter engagieren sich ehrenamtlich und gestalten unsere Gesellschaft in vorbildlicher Weise mit.

G 2. Politik soll behutsam mit der Schaffung zusätzlicher Anreize für ehrenamtliche Arbeit sein. Sie ist zwar mitverantwortlich für ein gesellschaftliches Klima, in dem die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit gedeiht, sollte aber keinesfalls Ehrenamt gegen Hauptamt ausspielen. Die FDP begrüßt Initiativen wie etwa die Ehrenamtskarte, die ehrenamtlich engagierten Menschen bei der Inanspruchnahme gewisser öffentlich erbrachter Leistungen besondere Konditionen einräumt.

G 3. Ja.

G 4. Wie unter E2. bereits ausgeführt, betrachtet die FDP Zielvereinbarungen, die im Haushalt regelmäßig durch Verpflichtungsermächtigungen unterlegt sind, als ein modernes Instrument politischen Handelns, das auch bei der Beratungs- und Betreuungsarbeit des Landesmusikrates sinngemäß angewendet werden kann.

G 5. Die Landshaushaltsordnung enthält zahlreiche Instrumente, die für einen geordneten Vollzug des kameraleen Haushaltswesens geschaffen wurden und mit den Realitäten der Kulturarbeit, die vielfach von privatrechtlichen Vereinen getragen wird, nicht harmonisch zusammenwirken. Viele Schwierigkeiten ranken sich um den vorzeitigen Maßnahmebeginn beziehungsweise dessen Verbot. Die FDP wird sich dafür einsetzen, unter Beteiligung von erfahrenen in der Kultur tätigen Personen diese Hürden zu benennen und sie zu überwinden.

SPD

G 1. - G 5. Das niedersächsische Musikleben wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Das Engagement der Ehrenamtlichen ist wertvoll und unverzichtbar. Wesentliche Voraussetzung für den Erhalt des vielfältigen Musik- und Kulturlebens ist allerdings auch, dass das Land ein verlässlicher Partner wird, eine Idee von Kultur vermittelt und Visionen für zukünftige Aktivitäten besitzt. Aufgabe einer Landesregierung ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, um für die professionellen und ehrenamtlich Engagierten einerseits Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu schaffen und andererseits Ideen von Kultur- und Musikpolitik zu entwickeln. Die Amtszeit der CDU- und FDP-geführten Landesregierung hat nicht dazu geführt, dass die Kulturförderung in Niedersachsen vorangebracht worden ist.

Mit dem Entschließungsantrag „Kulturpolitik der Landesregierung ohne Vision“ hat die SPD-Fraktion diese veränderte Kulturpolitik kritisiert und die Landesregierung u.a. aufgefordert, die Einsparungen bei der Musikförderung zurückzunehmen und den Vergabemodus bei der 600.000 Euro Musikförderung durch den NDR zu überprüfen.

H. KONTAKTSTELLEN MUSIK

Mit dem Förderprogramm KONTAKTSTELLE MUSIK hat der Landesmusikrat Niedersachsen vor fünf Jahren Neuland betreten und die regionale Musikkultur in das politische Bewusstsein der Städte, der Landkreise und des Landes gebracht. Andere Bundesländer sind bereits daran interessiert, dieses Förderprogramm ebenfalls einzuführen.

Die Leitgedanken bei der Entwicklung des Programms KONTAKTSTELLE MUSIK waren Kommunikation unter den regionalen Partnern der Musikkultur, Vernetzung zur intensiveren Zusammenarbeit und Synergie der Kräfte und Mittel.

Durch die Impulsförderung hat der Landesmusikrat lizenzierte KONTAKTSTELLEN MUSIK als regionale Kulturinitiativen geschaffen, die ein musikkulturelles Schaufenster der Region im Musikland Niedersachsen sein können.

Der Landesmusikrat Niedersachsen hat unter diesen Gesichtspunkten Grundlagen der finanziellen Kontaktstellenförderung wie z. B. Zahl und Art der Gründungspartner verbindlich festgelegt. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung soll jedoch innerhalb eines Förderkatalogs auch zukünftig der individuellen Ausprägung von Musikkultur der Region vorbehalten bleiben.

Die Projektförderung des Landes betrug in den 5 Jahren insgesamt 376.000 Euro. Dabei wurde die jährliche Projektförderung von 83.000 Euro auf 70.000 Euro zurück gefahren und soll nach Aussagen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur auch zukünftig degressiv behandelt werden. Dem gegenüber standen 425.995 Euro Eigenmittel der KONTAKTSTELLEN MUSIK. Darüber hinaus wurden durch den Landesmusikrat weitere Stiftungs- und Sponsorenmittel in Höhe von 452.201 Euro eingeworben. Die Landesmittel wurden also in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht.

H 1. *Werden Sie die Kontaktstellen Musik weiterhin entsprechend dem Antragsvolumen unterstützen und eine mittelfristige Zielvereinbarung mit dem Landesmusikrat treffen, um Planungssicherheit zu erreichen?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

H 1. Die Kontaktstellen Musik haben erfolgreich Kooperationen und Koordinationen in der Region vorangebracht. Sofern der Bedarf durch Eigenmittel und eingeworbene Sponsorenmittel nicht gedeckt werden kann, werden wir uns auch weiterhin für deren Förderung durch Landesmittel stark machen.

CDU

H 1. Die Arbeit der Kontaktstellen Musik wird durch die CDU in Niedersachsen sehr begrüßt. Wir streben an, die bisherige Förderung auch zukünftig in einem Modus fortzusetzen, der den Kontaktstellen eine angemessene Planungssicherheit sichern kann.

FDP

H 1. Die vorzügliche Arbeit der Kontaktstellen Musik, die im örtlichen Bereich zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen professionellen Musikern und Laien geführt haben, ist in der FDP bekannt. Wir unterstützen die Fortsetzung dieser Arbeit.

SPD

H 1. Die Förderung der regionalen Musikkultur ist wichtig. Daher hat die SPD von Anfang an das vom Landesmusikrat vorgelegte Konzept der Kontaktstellen begrüßt. Kontaktstellen Musik sind gut geeignet, damit diese Zentren lokal die Musikerinnen und Musiker, die Vereine und Musikschulen, die Kirchenchöre und Schulbands zusammenführen und sie verstärkt zu Kooperation zu animieren. Auch in diesem Bereich sind Zielvereinbarungen ein gutes Instrument, um Kontinuität und Planungssicherheit herzustellen.

I. LANDESMUSIKAKADEMIE

Mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Wolfenbüttel im Oktober 2006 wurden die Grundlagen für den Neubau der Landesmusikakademie am Seeliger-Park in Wolfenbüttel geschaffen. Sowohl das Land als auch die Stadt haben inzwischen für dieses Gemeinschaftsprojekt die erforderlichen Mittel in ihren Haushaltsplänen veranschlagt. Mit dem Datum zum „1. Spatenstich“ am 26. Oktober ist nun auch die Errichtung des Gebäudes konkret geworden.

Mit dem Neubau der Landesmusikakademie entsteht in Wolfenbüttel ein Zentrum für Aus- und Weiterbildungszwecke der zahlreichen musikalisch aktiven Gruppierungen in der Laienmusik. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen aber auch Erwachsenen ein breites musisch-kulturelles Angebot zu unterbreiten und musikalisch Hochbegabte fördern zu können.

Der geplante Neubau umfasst neben dem Akademiegebäude mit verschiedenen Probenräumen und einem Aufnahmestudio auch das neue Gästehaus der Stadt Wolfenbüttel, das künftig nicht nur den Gästen der Stadt, sondern auch den Akademiebesucherinnen und -besuchern Übernachtungsmöglichkeiten bieten soll. Darüber hinaus wird die Seeliger Villa von der Stadt insbesondere für Kammermusik-Kurse und Chorleiterfortbildungen zur Verfügung gestellt und umfassend renoviert.

Die vom Landesmusikrat Niedersachsen getragene Akademie wird im Flächenland Niedersachsen ein Servicehaus für das Musikland Niedersachsen sein, in dem ca. eine halbe Million Niedersachsen musizieren. Als zentrale Bildungsstätte wird sie vor allem für die Förderung begabter junger Musiker wie auch für die Qualifizierung der niedersächsischen Laienmusikultur zur Verfügung stehen.

- I 1.** *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesmusikakademie in Trägerschaft des Landesmusikrates eine vergleichbare Zielvereinbarung wie der Landesmusikrat erhält, um die Arbeit mit dem derzeit geplanten Etat von ca. 520.000 Euro jährlich mittelfristig abzusichern?*
- I 2.** *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesmusikakademie auch in die inhaltliche Diskussion bei Bildungsprojekten des Landes - beispielsweise bei den Überlegungen zur frühkindlichen Bildung - einbezogen wird und hier insbesondere für den Bereich der musikalischen Bildung spezielle Angebote für Multiplikatoren entwickelt.*
- I 3.** *Die Finanzierung des Umbaus der Seeliger Villa wird bisher durch eine Spendenaktion sichergestellt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nach Betriebsbeginn ab 2009 möglicherweise zusätzliche Landesmittel bereit gestellt werden, wenn die Spendenakquise allein keine ausreichenden Mittel für die Ausstattung ergibt?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

I 1. - I 3. Auch für die Landesmusikakademie gilt, dass wir im Interesse einer Planungssicherheit und Kontinuität der Arbeit den Abschluss von Zielvereinbarungen befürworten. Musikalische Bildung für MultiplikatorInnen sollte ein zentraler Baustein der Angebotspalette der Akademie sein.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung wäre daher auch eine enge Einbindung in das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung wünschenswert. Bei der Finanzierung des Umbaus und der Ausstattung der Seeliger Villa sind wir zuversichtlich, dass ausreichend Sponsorenmittel eingeworben werden können.

CDU

I 1. - I 3. Die Landesmusikakademie Niedersachsen in Wolfenbüttel ist für die CDU in Niedersachsen das Herzstück im „Musikland Niedersachsen“.

Wir setzen uns für eine angemessene finanzielle und ideelle Unterstützung der Landesmusikakademie ein. Finanzmittel für investive Maßnahmen wie auch beispielsweise für Veranstaltungen und Bildungsprojekte der musikalischen Bildung werden wir im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel prüfen.

FDP

I 1. Die Landesmusikakademie nimmt mit dem Baubeginn in diesem Herbst nach mehr als 20jähriger Planungszeit endlich Gestalt an. Selbstverständlich muss dem Bau eine sichere Grundlage für die Finanzierung der laufenden Kosten folgen. Auch in diesem Arbeitsfeld begrüßt die FDP das Instrument der Zielvereinbarung, um mittelfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.

I 2. Nach Betriebsaufnahme wird die Landesmusikakademie sich in enger Zusammenarbeit mit dem Landesmusikrat zu einem Zentrum der inhaltlichen Arbeit bei der Weiterentwicklung des niedersächsischen Musiklebens entwickeln. Sie sollte nach dem Beispiel der Bundesakademie für kulturelle Bildung Kreativität in der Entwicklung neuer Wege, Jung und Alt zum Musizieren anzuregen, entfalten. Dazu gehört insbesondere die Aufgabe, dem Singen wieder den selbstverständlichen Stellenwert zu geben, den es in vielen anderen Ländern hat und den es in Deutschland vor Jahrzehnten noch hatte. Wichtig ist, den selbstverständlichen frühkindlichen Impuls zum Singen und zum eigenen Musizieren künftig noch besser aufzugreifen. Wir sind zuversichtlich, daß die Landesmusikakademie dazu beitragen wird, hier neue Wege zu gehen.

I 3. Die FDP sieht das Land in der Hauptverantwortung für Bau, Ausstattung und Betrieb der Landesmusikakademie. Angesichts der fortbestehenden Notwendigkeit, den Landeshaushalt mit außerordentlicher Sparsamkeit zu bewirtschaften, die Neuverschuldung zu beenden und die bestehenden enormen Schulden des Landes zu tilgen, sind Bestrebungen um die Mitwirkung Privater bei der Ausstattung jedoch angebracht.

SPD

I 1. - I 3. Die SPD hat sich immer für die Landesmusikakademie eingesetzt und teilt die Auffassung, dass mit dem Neubau der Landesmusikakademie ein Zentrum für Aus- und Weiterbildungszwecke der zahlreichen musikalisch aktiven Gruppierungen in der Laienmusik entsteht. In dem bereits genannten Entschließungsantrag „Kulturpolitik der Landesregierung ohne Vision“ hat die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung aufgefordert, einen konkreten Zeit- und Finanzierungsplan für die Landesmusikakademie vorzulegen.

Die SPD hat sich immer dafür eingesetzt, dass die Musikförderung von der Basisförderung an Musikschulen und Laienmusikverbänden bis hin zu vertraglich geregelter Förderung eine große Bandbreite umfasst. Dabei ist es wichtig, neben der Bestandssicherung anerkannter Institutionen, auch die Stärkung von Initiativen und Projekten im Blickwinkel zu haben. Hierzu zählen insbesondere Bereiche zeitgenössischer Musik, also der musikalischen Avantgarde, die für breite Kreise oft nur schwer zugänglich ist.

J. ZEITGENÖSSISCHE MUSIK

In Niedersachsen existiert eine vielfältige und lebendige Szene der zeitgenössischen Musik mit eigenen Festivals und Ensembles, die im Musikleben jedoch noch nicht ausreichend integriert sind. Mit ihrer Hinwendung zu neuen Ausdrucksformen und Tonsprachen konnte die zeitgenössische Musik im Sinne des Fortschritts in der Kunst zwar neue, bislang ungeahnte Klangwelten und Erlebnisräume öffnen, ist aber durch ihre Innovation für die Hörerinnen und Hörer nach wie vor schwer erschließbar und bedarf besonderer Vermittlung und Förderung.

Dem Charakter des Flächenlands geschuldet ist vielleicht das Phänomen, dass die niedersächsischen Akteure und Initiativen bisher wenig miteinander in Interaktion getreten sind und keine gemeinsame Aktivität entfaltet haben. 2006 jedoch erfolgte als Signal der Zusammenschluss zu Musik 21 – Niedersächsische Gesellschaft für Neue Musik e.V. Vorrangiges Ziel ist die Kommunikation zwischen den Akteuren und ihre Vernetzung sowie die Aufwertung der Aktivitäten im Rahmen des Projekts Musikland Niedersachsen. Ihr Zentrum Musik 21, ein modellhaftes Kooperationsprojekt mit der Universität Lüneburg/Studiengang Kulturmanagement, will ab 01.01.2007 gemeinsam Defizite in der Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit ermitteln und Veränderungsmöglichkeiten aufzeigen.

Die gemeinsam geplanten Aktivitäten gliedern sich in die Bereiche:

1. Konzerte
2. Neue Werke/Niedersächsischer Kompositionspreis
3. Nachwuchs/Schreyahn
4. Festival

M 21 hat einen Antrag auf Unterstützung seines Programms durch die Bundeskulturstiftung für vier Jahre gestellt. Eine Summe von 600.000 Euro ist in Aussicht gestellt worden, wenn ein detaillierteres Konzept vorgelegt wird und eine paritätische Gegenfinanzierung gesichert ist.

J 1. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Gegenfinanzierung für die Laufzeit des Programms in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Kulturstiftungen auch durch Landesmittel finanziert wird?*

Der Bereich Nachwuchs des Programms sieht auch die Einrichtung eines Landesjugendensembles Neue Musik (LNM) vor. Dieses soll der Förderung und Zusammenführung musikalisch besonders begabter Jugendlicher aus Niedersachsen dienen. Insbesondere TeilnehmerInnen des Landeswettbewerbs „Jugend musiziert“ und des geplanten Landeswettbewerbs „Jugend komponiert“ bilden die Zielgruppe für die Mitwirkung im Ensemble. Unter künstlerischer und pädagogischer Anleitung werden junge Nachwuchsmusiker an eine Ensembleleistung von hohem Niveau herangeführt. Dabei stehen die Spieltechniken und die Ästhetik Neuer Musik im Vordergrund. Die musikalische Leitung wird namhaften professionellen Künstlern auf Zeit übertragen.

Das Landesjugendensemble Neue Musik soll perspektivisch das Niveau der bestehenden Jugendauswahlensembles

Jugendjazzorchester Niedersachsen
Landesjugendchor Niedersachsen
Landesjugendblasorchester Niedersachsen
Niedersächsisches Jugendsinfonieorchester

des Landes erreichen. Nach der Aufbauphase soll das Landesjugendensemble Neue Musik gleichberechtigt neben den genannten Ensembles unter der Trägerschaft des Landesmusikrates stehen und durch Landesmittel, Teilnehmerbeiträge und weitere Partner finanziert werden. Der Ministerpräsident soll um die Übernahme der Schirmherrschaft gebeten werden. Das Landesjugendensemble Neue Musik soll seinen ständigen Sitz ebenfalls in der Landesmusikakademie Niedersachsen erhalten.

J 2. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Landesjugendensemble Neue Musik nach Auslaufen der befristeten Projektförderung des Bundes und einer positiven Evaluation vergleichbar den bestehenden Landesjugendauswahlensembles des Landes durch Landesmittel gefördert wird?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

J 1. - J 2. Wir hoffen, dass es gelingen wird, eine Gegenfinanzierung über die niedersächsischen Kulturstiftungen sicherzustellen. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre über eine Teilfinanzierung durch Landesmittel nachzudenken. Bündnis 90/Die Grünen halten die Erweiterung der Jugendorchester um ein Landesjugendensemble Neue Musik für dringend erforderlich. Zum jetzigen Zeitpunkt allerdings verbindliche, zeitlich weit reichende Finanzierungszusagen zu machen, hielten wir für unseriös. Vorausgesetzt, die Evaluation fällt positiv aus, stünden wir einer Landesfinanzierung allerdings grundsätzlich offen gegenüber.

CDU

J 1. und J 2. Auch die zeitgenössische Musik hat aus Sicht der CDU in Niedersachsen ihren Platz im „Musikland Niedersachsen“. Die Unterstützung von Projekten und die Förderung von Ensembles der zeitgenössischen Musik werden wir daher ergebnisoffen und konstruktiv prüfen.

FDP

J 1. Ja. Die von der Landesregierung im Haushaltsentwurf für 2008 vorgeschlagene Verpflichtungsermächtigung zu diesem Zweck findet unsere Zustimmung.

J 2. Ja. Ebenfalls befürworten wir den Vorschlag, den in diesem Jahr zum dritten Mal vergebenen Praetorius-Musikpreis des Landes Niedersachsen künftig um eine Kategorie Komposition zu erweitern.

SPD

J 1 und J 2. Die SPD hat sich immer dafür eingesetzt, dass die Musikförderung von der Basisförderung an Musikschulen und Laienmusikverbänden bis hin zu vertraglich geregelter Förderung eine große Bandbreite umfasst. Dabei ist es wichtig, neben der Bestandssicherung anerkannter Institutionen, auch die Stärkung von Initiativen und Projekten im Blickwinkel zu haben. Hierzu zählen insbesondere Bereiche zeitgenössischer Musik, also der musikalischen Avantgarde, die für breite Kreise oft nur schwer zugänglich ist.

K. JAZZFÖRDERUNG

Jazz – der Sound des 20. Jahrhunderts – ist als musikalische Ausdrucksform auch im 21. Jahrhundert eine Musik, die sich durch ihren Gegenwartsbezug auszeichnet. Die Bedeutung der vielfältigen Jazzszene für das Kulturleben Niedersachsens ist unbestritten. Das Land war mit der Einrichtung des „Jazzpodium Niedersachsen“ 1985 Wegbereiter für ähnliche Programme in anderen Bundesländern. Mit dem seit 1990 in Trägerschaft der LAG Jazz betriebenen JAZZMOBIL werden unterschiedlichste Jazz-Impulse an Schulen, Musikschulen sowie öffentliche und private Kultureinrichtungen gebracht. Die Vielzahl von Projekten an Musikschulen hat mit dazu geführt, dass mehr als 2/3 aller niedersächsischen Musikschulen mittlerweile kontinuierliche Jazzangebote machen. Im Zusammenarbeit mit der Jazzförderung durch den Landesmusikrat und der Einrichtung des Studiengangs Jazz an der Hochschule für Musik und Theater Hannover ist mittlerweile eine positiv vernetzte Szene entstanden. Die enge und gute Kooperation mit dem Landesmusikrat innerhalb der Aktion HAUPTSACHE:MUSIK hat zu jährlich 50 Seminaren an allgemein bildenden Schulen geführt.

Leider haben die Kürzungen in der freien Musikförderung in den vergangenen Jahren auch in der Jazzszene zu erheblicher Planungsunsicherheit und zur Reduzierung von Förderprogrammen trotz gestiegener Nachfrage gerade im schulischen Umfeld – wie z.B. beim JAZZMOBIL – geführt. Die kurzzeitig beabsichtigte institutionelle Förderung des Verbandes wurde im Rahmen der Diskussion um die Neuordnung der Kulturförderung wieder rückgängig gemacht.

K 1. *Beabsichtigen Sie, die Rahmenbedingungen für die Jazzszene durch eine vergleichbare Förderkonzeption zu verbessern, wie sie die jetzige Landesregierung im Bereich der Laienmusik durch Zielvereinbarungen und privatrechtliche Verträge mit dem Landesmusikrat geschaffen hat?*

Mit der Modifikation des Programms „Jazzpodium Niedersachsen“ zu „JazzIN“ hat die LAG Jazz eine Form der Vergabe eines niedersächsischen Jazzpreises geschaffen, der den Preisträgern individuelle begleitende Supportmaßnahmen anbietet. Unterstützung erhalten die Gewinner z.B. bei der Realisierung einer Internetpräsenz und der Vermittlung an Multiplikatoren-Veranstaltungen und Festivals. Auch die erstmalige Überreichung des Preises durch Minister Lutz Stratmann in Oldenburg im November 2006 hat der unterrepräsentierten Jazzszene endlich eine verbesserte öffentliche Aufmerksamkeit verschafft.

K 2. *Sind Sie bereit, die vorhandene Fachkompetenz des Verbandes zu nutzen und in geeigneter Weise abzusichern, um diese konzeptionelle Basis zur Entwicklung weiterer geeigneter Förderinstrumente zu nutzen?*

L. ROCK- UND POPMUSIKFÖRDERUNG

Musikwirtschaft

Niedersachsen gilt seit dem internationalen Durchbruch der Scorpions in den 1970er Jahren als das „Rockland“ in der Bundesrepublik. In der Nachfolge der Scorpions machten zahlreiche niedersächsische Künstlerinnen und Künstler national und international von sich reden wie Fury In The Slaughterhouse, Heinz Rudolf Kunze, Such A Surge, Klaus Schulze, Oomph, Jazzkantine, Guano Apes, Mousse T., Sarah Connor und andere mehr.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge befindet sich das Geschäft mit Popmusik bundesweit in der Krise: Der Tonträger-Umsatz sank in den vergangenen sechs Jahren um mehr als 40%. Die Konzernzentralen der sogenannten Major Companies in Übersee verordneten drastische Sparprogramme, ein Drittel aller Arbeitsplätze ging verloren. VIVA – nützlichstes Marketing-Instrument auch niedersächsischer Protagonisten – wurde dem direkten Konkurrenten Viacom (MTV) überlassen. Dies alles hat fatale Auswirkungen auf Repertoire und Produktion: Etablierte Produktionsstätten und deren Umfeld (Tonstudios und Produzenten) ringen um das wirtschaftliche Überleben oder haben ihre Tätigkeit einstellen müssen. Der größte Teil deutscher Rock- und Popmusiker wurde aus dem Repertoire der „Majors“ genommen.

Es gilt als sicher, dass die Umsatzhöhen und Gewinnspannen der vergangenen 15 Jahre nicht wieder erreicht werden können. Ein Grund dafür sind die vielen Raubkopien. Für „Creative Industries“, die etablierten Künstler wie auch für den besonders qualifizierten Nachwuchs birgt diese Entwicklung große materielle Risiken. Nur noch sehr Wenige werden zukünftig ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus künstlerischen Erträgen bestreiten können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

K 1. und K 2. Niedersachsen verfügt über eine sehr lebendige und breit verankerte Jazzszene. Dennoch steht die Förderung des Jazz durch Landesmittel in keinem Verhältnis zu seiner Bedeutung für die hiesige Musikszene. Um die bisherigen Angebote, vor allem an Schulen und Musikschulen, ausbauen zu können, halten wir es für zwingend erforderlich, der LAG Jazz eine Förderung analog zu den Laienmusikverbänden zu sichern. Bündnis 90/Die Grünen erwarten von einer Stärkung der LAG Jazz durch institutionelle Förderung zum einen den Ausbau bereits erfolgreicher Projekte wie dem JAZZMOBIL. Zum anderen wollen wir die Fachkompetenz des Verbandes verstärkt dazu nutzen, neue Konzepte und Modellprojekte zu entwickeln.

CDU

K 1. und K 2. Die CDU in Niedersachsen ist gerne bereit, die gute Zusammenarbeit der Niedersächsischen Landesregierung mit dem Landesmusikrat Niedersachsen fortzusetzen und begrüßt Anregungen und eine fachkompetente Beratung durch den Landesmusikrat in Fragen der Unterstützung der Jazzmusik in Niedersachsen.

FDP

K 1. Jazz bedarf der Förderung, zum Beispiel durch das Landesjugendjazzorchester, den Wettbewerb „Jugend jazzt“, durch die mögliche künftige Arbeit der Landesmusikakademie in diesem Bereich und durch bereits erfolgte Preisvergaben im Praetorius-Musikpreis. Auch sind spezifische Fortbildungen erforderlich.

Bei aller Wertschätzung des Jazz, aber auch zahlreicher anderer, in den Wahlprüfsteinen nicht genannten Musikategorien sollte die Musikförderung des Landes jedoch nicht dahingehend entwickelt werden, daß für jede Kategorie eine individuelle, abgrenzende Förderkonzeption entwickelt wird. Eine solche Förderpolitik stünde im Gegensatz zu dem Ziel, das beispielsweise mit den Kontaktstellen Musik verfolgt wird, die Grenzen zwischen Sparten zu überwinden.

SPD

K. - L. Die Rock-, Pop- und Jazzmusikszene in Niedersachsen ist lebendig und erfolgreich. Wir wollen mit Künstlern und Künstlerinnen, Denkern und Kreativen im Dialog bleiben. Wie erwähnt, darf Kulturförderung nicht auf kommerzielle Dienstleistung reduziert werden. Dies gilt auch für unsere Musiklandschaft. Mit der Expo 2000 hatte die Musik- und Medienwirtschaft neue Impulse erhalten. Zahlreiche Firmen aus der Musik- und Medienbranche siedeln sich auf dem futuristischen Expo-Ost-Gelände an. Dies führte zu ersten Überlegungen zur Gründung einer Rock- und Popakademie auf dem Gelände, denn die Zusammenhänge zwischen Musikförderung und Musikwirtschaft sind mittlerweile von allen Fachleuten anerkannt und können zu ganz neuen Ansätzen einer intelligenten Kulturförderung beitragen. Die SPD hat sich für die Gründung einer Rock- und Popakademie ausgesprochen. Sicher, die Gründung der geplanten Rock- und Popakademie als Ausbildungs- und Produktionsstätte wäre ein Kraftakt geworden, aber diese Rock- und Popakademie hätte auch neue Chancen für Niedersachsen eröffnet und wichtige Impulse für die Musikwirtschaft, die Hochschulen und die nationale und internationale Musikszene in Niedersachsen gebracht.

- L 1.** *Sehen Sie politische Chancen, angesichts der geschilderten Situation die Rahmenbedingungen für in Niedersachsen tätige Produzenten und Künstler zu verbessern?*

Breitenförderung

Drei Stichworte bestimmten in der Vergangenheit die Diskussion um die Verbesserung der Breitenförderung: Übungsräume, Auftrittsmöglichkeiten, Produktionsmöglichkeiten.

Mit Hilfe kommunaler und landesweiter Übungsraumförderungsprogramme ist es gelungen, einen großen Teil des Bedarfs in den Städten und im ländlichen Raum zu decken. Hier hat sich eine (auch privatwirtschaftlich organisierte) funktionierende Infrastruktur entwickelt. Von ausgesprochener „Übungsraumnot“ kann kaum mehr gesprochen werden.

Das Problem der Produktionsmöglichkeiten löste sich durch technische Innovation gleichsam von selbst. Mit erschwinglicher Digitaltechnik und technischem Verständnis, wie es viele Rock- und Popmusiker „von Haus aus“ mitbringen, lassen sich heute preiswert Demos in ausreichender Tonqualität produzieren. Anders beim Thema Auftrittsmöglichkeiten: Seit mehr als 20 Jahren beobachten wir das „Clubsterben“: Mehr und mehr Live-Clubs wurden geschlossen oder umgewidmet. Die Club-Kultur der 1970er und 80er Jahre ließ sich offenbar nicht ins neue Jahrtausend herüber retten. Dennoch gibt es einen großen Bedarf an Auftrittsmöglichkeiten im Land.

- L 2.** *Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, diesen Bedarf zu decken?*

Förderung des besonders qualifizierten Nachwuchses

In den vergangenen 15 Jahren konnte die Rock- und Popmusikförderung in Niedersachsen große Erfolge verzeichnen und errang bundesweite Anerkennung. In diesem Zusammenhang wird oft auf den außergewöhnlichen Erfolg der „Guano Apes“ durch das „Popstipendium Niedersachsen“ verwiesen. Die Entwicklung dieser Band gilt als Musterbeispiel dafür, dass gezielte, professionelle Förderung in große Karrieren münden kann. Aber dies ist quasi nur die Spitze des Eisbergs: Im Umfeld des „New Sensation“-Wettbewerbs gelang neben den „Guano Apes“ einer Vielzahl von Einzelkünstlern und Bands der wenigstens zeitweise erfolgreiche Zugang zum heimischen Tonträgermarkt.

- L 3.** *Werden Sie in Zukunft Projekte der Spitzenförderung – wie z.B. das „Popstipendium“ – aktiv unterstützen?*

Rock- und Popmusik an allgemein bildenden Schulen

Der Landesmusikrat hat sich seit dem sog. PISA-Schock auf die Arbeit mit und in Schulen konzentriert. Unter dem Label HAUPTSACHE:MUSIK laufen Projekte und Maßnahmen, die das reale Musizieren, das Erlernen von Musikinstrumenten und das Ensemblespiel im Klassenverband fördern sollen. Entscheidend ist dabei die Absicht, möglichst viele Kinder und Jugendliche überhaupt erst einmal an das Thema Musizieren heranzuführen und dabei ihre reale Erfahrungswelt zu berücksichtigen. Dies gelang bisher durch einen Kanon von Projekten und Maßnahmen, der sich vom Eintritt in die Grundschule bis zum Schulabschluss mit je alters- und inhaltsspezifischen Schwerpunkten spannt. Für Rock- und Popmusik sind insbesondere zu nennen:

Rhythmik-Mobil, 1st Class Rock, JuMu goes Pop („Jugend musiziert“ Popmusik-Wertung), School of Rock/Jazzkantine – Futter für die Schule, SchoolJam.

Andere niedersächsische Institutionen und Verbände sind in ähnlicher Weise in den Schulen tätig. All diese Aktivitäten dienen der Stärkung des Musikunterrichts an den Schulen und letztlich der Sicherung des musikalischen Nachwuchses.

- L 4.** *Welche Maßnahmen müssten Ihrer Überzeugung nach ergriffen werden, um Schülerinnen und Schülern die aktive Teilhabe an Rock- und Popmusik im Unterricht zu sichern?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

L 1. Rock- und Popmusik sind längst integraler Bestandteil des Musikerlebens mehrerer Generationen.

Da sie Teil einer primär kommerziell ausgerichteten Medienwirtschaft sind, ist ein Ansatz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für in Niedersachsen tätige ProduzentInnen und MusikerInnen die klassische Wirtschaftsförderung.

Aus Grüner Sicht müssen dazu die kulturwirtschaftlichen Aktivitäten in Niedersachsen ausgebaut werden. Insbesondere ist es bisher versäumt worden, die regionalen Unterschiede des Flächenlandes Niedersachsen als Chance für die kulturwirtschaftliche Entwicklung zu begreifen. Deshalb haben wir in der laufenden Legislaturperiode ein „Modellprogramm regionale Kulturwirtschaft“ vorge schlagen.

Neben der klassischen Wirtschaftsförderung sehen wir zusätzlichen Bedarf bei der Unterstützung und außeruniversitären Professionalisierung von NachwuchskünstlerInnen. Aus Grüner Sicht ist die Kooperation mit der LAG Rock an dieser Stelle unverzichtbar. Sie muss daher durch eine institutionelle Förderung aus Landesmitteln wieder in die Lage versetzt werden, jenseits von Projekten kontinuierliche Verbandsarbeit zu leisten.

L 2. Da es kaum noch Auftrittsmöglichkeiten in Clubs gibt, ist das zur Verfügung stellen öffentlich finanzierter Bühnen und Auftrittsorte umso wichtiger geworden. Vor allem in der Fläche spielen soziokulturelle Zentren hierbei eine zentrale Rolle. Da viele dieser Zentren inzwischen enorme Sanierungsstaus vor sich her schieben, bedarf es aus Grüner Sicht dringend eines Investitionsprogramms für die Soziokultur.

L 3. - L 5. Projekte zur Spitzenförderung werden wir auch weiterhin unterstützen. Unser zentrales Augenmerk liegt jedoch auf der möglichst breiten Teilhabe aller, unabhängig von Alter, Herkunft oder realer Erfahrungswelt.

Projekte wie HAUPTSACHE:MUSIK wollen wir weiter ausbauen. Weil Rock- und Popmusik besonders geeignet sind, junge Menschen für Musik und musikalische Bildung zu gewinnen, sollte deren Anteil am Unterricht an allgemeinbildenden Schulen erhöht werden. Da die Authentizität ein wichtiger Anreiz sein kann, sollten Schulen im Rahmen des Konzepts eigenverantwortliche Schule verstärkt mit pädagogisch qualifizierten Rock- und Pop-MusikerInnen kooperieren. Wegen der sozial präventiven Wirkung von Populärmusik halten wir als Grüne zusätzlich außerschulische Projekte für wichtig. Um deren Nachhaltigkeit zu sichern, sollten sie allerdings langfristig angelegt sein. Grundsätzlich sollte sich das für Jugendarbeit zuständige Sozialministerium stärker bei Anstrengungen in der Jugendkulturarbeit engagieren.

CDU

L 1. Aus Sicht der CDU in Niedersachsen ist eine vitale Musikwirtschaft in Niedersachsen sehr wünschenswert.

Die vom Landesmusikrat beklagten in den letzten 10 - 15 Jahren eingetretenen Veränderungen in der Entwicklung des Musikmarktes vermag die Politik allerdings nicht zu verändern. Wir stehen vor diesem Hintergrund zu einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung des Missbrauchs von Verbreitungsrechten durch Raubkopien.

L 2. Bei der Förderung von Auftrittsmöglichkeiten für einheimische Rock- und Pop-Musiker ist die CDU in Niedersachsen offen für Anregungen des Landesmusikrats Niedersachsen.

Da ein lebendiges Umfeld entsprechender Lokalitäten nicht selten im städtischen und großstädtischen Ambiente beheimatet ist, sollte im Einzelfall auch eine direkte Ansprache der betreffenden Kommunen erfolgen.

L 3. Wir streben an, die erfolgreiche Rock- und Popmusikförderung in Niedersachsen auch in Zukunft in angemessenem Umfang fortzusetzen.

L 4. Neben individuell durch die Lehrkräfte zu konzipierenden Lehrinhalten für den schulischen Musikunterricht können Arbeitsgemeinschaften an den Schulen dazu beitragen, Jugendlichen eine aktive Teilhabe an der Rock- und Popmusik zu eröffnen.

L 5. Unter allen Künsten ist es besonders die emotionale Ansprache von Menschen, bei der die Musik ganz vorne steht. Für den Ausdruck des individuellen Lebensgefühls und der eigenen Auseinandersetzung mit dem Erleben unserer Zeit spielt die Musik in Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Abbau von Stresspotential des täglichen Lebens unserer modernen Gesellschaft eine große Rolle – insbesondere für Kinder und Jugendliche.

FDP

L 1. Die Vorbemerkung bezüglich der Probleme der Raubkopien weist darauf hin: Bei Pop und Rock, letzterer von den Wurzeln her eine subversive Gegenkultur, sind mittlerweile die Grenzen zwischen Anschubförderung und Markt nicht mehr einfach zu definieren. Im Bereich der Rechtsetzung und Durchführung muß alles getan werden, damit Urheber die Möglichkeit haben, ihre Arbeit am Markt vergütet zu bekommen. Aufgabe der Musikförderung ist es, die notwendigen Bildungsangebote vorzuhalten, damit auch in den hier diskutierten Stilbereichen Sachkunde und Professionalität entwickelt werden.

L 2. Im Rahmen der Kulturförderung werden aus Landesmitteln auch Spielstätten und Programme gefördert. Eine Gründungsinitiative für Clubs aus staatlichen Mitteln steht nicht im Zentrum liberaler Kulturpolitik.

L 3. Öffentlich veranstaltete Wettbewerbe und Stipendien sind ein begrüßenswertes Mittel der Kulturförderung im Allgemeinen und der Popförderung im Besonderen. Sie können den erfolgreichen Teilnehmern dabei helfen, sich gute Ausgangspositionen in einem umkämpften Markt zu verschaffen und finden daher die Zustimmung der FDP.

L 4. Die genannten Projekte leisten bereits gute Arbeit darin, Rock- und Popmusik in die allgemeinbildenden Schulen zu bringen. Die Schulträger haben die Verantwortung, für eine gute Ausstattung der Schulen zu sorgen, die das Musizieren ermöglicht. Die fachliche Anleitung findet bereits an vielen Stellen durch qualifizierte und hochmotivierte Lehrkräfte statt, teils in regelmäßiger Zusammenarbeit mit den örtlichen Musikschulen. Aufgabe der Landespolitik ist es, eine gleichwertige Versorgung mit Lehrkräften sicherzustellen, so daß das vorhandene Netz enger wird.

L 5. Die FDP stimmt den hier vom Landesmusikrat formulierten Thesen zu.

SPD

K. - L. Die Rock-, Pop- und Jazzmusikszene in Niedersachsen ist lebendig und erfolgreich. Wir wollen mit Künstlern und Künstlerinnen, Denkern und Kreativen im Dialog bleiben. Wie erwähnt, darf Kulturförderung nicht auf kommerzielle Dienstleistung reduziert werden. Dies gilt auch für unsere Musiklandschaft. Mit der Expo 2000 hatte die Musik- und Medienwirtschaft neue Impulse erhalten. Zahlreiche Firmen aus der Musik- und Medienbranche siedeln sich auf dem futuristischen Expo-Ost-Gelände an. Dies führte zu ersten Überlegungen zur Gründung einer Rock- und Popakademie auf dem Gelände, denn die Zusammenhänge zwischen Musikförderung und Musikwirtschaft sind mittlerweile von allen Fachleuten anerkannt und können zu ganz neuen Ansätzen einer intelligenten Kulturförderung beitragen. Die SPD hat sich für die Gründung einer Rock- und Popakademie ausgesprochen. Sicher, die Gründung der geplanten Rock- und Popakademie als Ausbildungs- und Produktionsstätte wäre ein Kraftakt geworden, aber diese Rock- und Popakademie hätte auch neue Chancen für Niedersachsen eröffnet und wichtige Impulse für die Musikwirtschaft, die Hochschulen und die nationale und internationale Musikszene in Niedersachsen gebracht.

Rock- und Popmusik als Mittel sozialer Prävention und Integration

Populärmusik kann durch ihre Identität stiftende Wirkung Mittel sozialer Prävention und Integration sein. Popmusikworkshops können in Einrichtungen der Offenen Jugendpflege dazu beitragen, Lebenssituationen und angestrebte lebenswerte Verhältnisse zu artikulieren und der Auflösung sozialer Milieus entgegen zu wirken. Das Musizieren ist geradezu prädestiniert, Selbstartikulation zu unterstützen und kann dazu beitragen, junge Menschen in ihrer Handlungskompetenz und ihrem Selbstwertgefühl zu stärken. Persönlichkeitsbildend kann sie Suchtgefahren entgegenwirken und Gewaltbereitschaft mindern.

L 5. *Wie beurteilen Sie den Stellenwert von Musik als Mittel sozialer Prävention und Integration?*

M. BERUFLICHE MUSIKPFLEGE

Musiktheater und Orchester sind in Niedersachsen wichtige kulturelle Mittler. Sie tragen wesentlich zur Gestaltung der Musikkultur in den städtischen Zentren und den damit verbundenen Regionen bei. Durch die angespannte Finanzsituation gerade im kommunalen Bereich ist diese kulturelle Vielfalt gefährdet.

M 1. *Wie wollen Sie die künstlerische Leistungsfähigkeit der sechs Musiktheater in Niedersachsen sowie des Göttinger Symphonieorchesters sicherstellen?*

M 2. *Welches Finanzierungskonzept vertritt Ihre Partei für diese Einrichtungen?*

Die Kunsthochschulen des Landes Niedersachsen sowie die betreffenden Fachbereiche der Fachhochschulen haben neben dem Ausbildungsauftrag auch die Verpflichtung zur Förderung der Künste, vor allem durch entsprechende kulturelle Angebote (Konzerte, Theater- und Operaufführungen, Ausstellungen etc.).

M 3. *Wird diese Notwendigkeit von Ihrer Partei anerkannt und bei Haushaltsberatungen berücksichtigt?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

M 1. - M 3. Um den Musiktheatern in Niedersachsen Planungssicherheit, und damit auch Raum zum Entwickeln und Experimentieren zu geben, halten wir das Instrument der mehrjährigen Zielvereinbarungen für sinnvoll. Nur so können sie ihre künstlerische Leistungsfähigkeit voll ausschöpfen.

Das Angebot niedersächsischer Kunsthochschulen an Konzerten, Theateraufführungen und Ausstellungen bereichert unsere Kulturlandschaft und gibt jungen KünstlerInnen die Chance, jenseits kommerzieller Angebote einen Weg zum Publikum zu finden. Die Hochschulen brauchen deshalb genügend Eigenmittel, um diese Angebote auch weiterhin machen zu können. Die Kürzungen der Hochschuletats im Rahmen des sogenannten Hochschuloptimierungskonzeptes haben wir deshalb nicht mitgetragen und entsprechende Gegenanträge gestellt.

CDU

M 1. und M 2. Der in der Verfassung verankerten Förderung der Staatstheater in Hannover, Braunschweig und Oldenburg werden wir auch weiterhin gerecht. Wir stehen für eine langfristige Zukunftssicherung der kommunalen Theater, der Landesbühnen und des Göttinger Symphonieorchesters und sichern diese auch nach 2011 finanziell ab.

M 3. Die Förderung der Künste sehen wir auch in Zukunft als eine wichtige Aufgabe der niedersächsischen Kunsthochschulen an. Projektbezogene Fördermaßnahmen werden wir im Einzelfall sachgerecht prüfen.

FDP

M 1. und M 2. In einer Zeit der schwierigsten Haushaltslage hat die FDP dazu beigetragen, die kommunalen Theater und das Göttinger Symphonieorchester durch mittelfristige Zielvereinbarungen abzusichern. Langfristig halten wir es für wünschenswert, die Theaterfinanzierung an den unterschiedlichen Standorten auf einheitliche Fundamente zu stellen, was die Finanzierung durch die unterschiedlichen öffentlichen Ebenen und den selbst erwirtschafteten Beitrag betrifft. Niedersachsen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern keine üppige Versorgung mit Theatern, namentlich im ländlichen Raum abseits der früheren Landeshauptstädte und Residenzen. Der Erhalt der Theaterlandschaft und eine Vernetzung mit kommunalen Angeboten an den vorhandenen kommunal betriebenen Spielstätten sind politische Ziele der FDP in diesem Bereich.

M 3. Die Erarbeitung künstlerischer Produktionen ergibt sich als natürliche Aufgabe aus dem Eigeninteresse der Kunsthochschulen und Fachbereiche der Fachhochschulen. Die Ergebnisse stellen wertvolle Beiträge zum Kulturleben an den Standorten der Hochschulen, aber auch im Umfeld dar. Wir erwarten von den Hochschulen, dass sie ihre Haushalte im Rahmen ihrer Budgetverantwortung derart gestalten, dass diese Angebote für die Zukunft gesichert sind. Allgemein steigt der Ansatz für Hochschulen im Landeshaushalt 2008 beträchtlich an. Für die Hochschule für Musik und Theater Hannover und die Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig planen wir Verbesserungen um 1,26 Mio. Euro, also mehr als 4 % gegenüber dem Vorjahr.

SPD

M 1. - M 2. Niedersachsen ist ein Musikland mit großer Tradition und innovativer Kraft zugleich.

Die Hochschule für Musik und Theater Hannover gehört zu den großen Musik- und Theaterhochschulen und ist bundesweit bekannt. Viele der Absolvierenden sind heute im nationalen und internationalen Musikleben anzutreffen. Auch bei der beruflichen Musikpflege geht es um Vernetzung, kulturelle Kompetenz und um Stärkung des vorhandenen kulturellen Potenzials.

Im Rahmen der 2006 geführten Debatte über die vom Kulturministerium geplanten Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die kommunalen Theater und dem Göttinger Sinfonieorchester hat die SPD hervorgehoben, dass diese kulturellen Einrichtungen ein wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft in Niedersachsen sind. Die SPD hat sich gegen die dirigistischen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit ihren zentralistischen Vorgaben ausgesprochen, weil dies Mehrkosten für die jeweiligen Häuser bedeutet hätte. Wir stehen zum Bewahren unseres kulturellen Erbes und werden weitere Einrichtungen fördern, die wie die Landschaften daran arbeiten, dieses zu pflegen und neue Perspektiven zu öffnen. Wir wollen die verkrusteten Strukturen der „Angststarre vor Etatkürzungen“ verlassen und gemeinsam mit Kulturschaffenden und Bürgerinnen und Bürgern nach Alternativen suchen.

N. MUSIKWIRTSCHAFT

Mit der vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium im Februar 2002 vorgestellten Studie des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist die Bedeutung der Kulturwirtschaft Niedersachsens festgehalten. Bisher hat die niedersächsische Kulturwirtschaft noch einen im Ländervergleich unterdurchschnittlichen Anteil an der Wirtschaftsleistung. Die damalige Studie sah aber „beträchtliche Potenziale und eine enorme Dynamik – besonders im Musikgeschäft, von der Produktion von Weltklasse-Hits über die Sende- und Aufnahmetechnik, die Qualifizierung in der Rock- und Popakademie bis zum Instrumentenbau.“

Die dramatischen Veränderungen im Bereich der Tonträgerindustrie durch die Probleme der großen Plattenkonzerne mit illegalen Downloads haben zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in diesen Tonträgerkonzernen geführt. Gleichzeitig ist dadurch die Chance von mittelständischen Unternehmen gewachsen, sich in speziellen Marktnischen mit innovativen Konzepten zu etablieren. Das erfolgreiche Konzept des hannoverschen Labels SPV ist hierfür ein gutes Beispiel. Es gilt die Studie zur Kulturwirtschaft aus 2002 dringend zu aktualisieren.

Der Landesmusikrat hatte bereits 2002 bei zwei „Branchengesprächen Musikwirtschaft“ gemeinsam mit den Teilnehmern erste Vorüberlegungen für zukünftige Themenschwerpunkte angestellt. Die Initiative wurde nach dem Regierungswechsel nicht fortgesetzt, bietet aber nach Ansicht des Landesmusikrates auch zukünftig Perspektiven, die Musikwirtschaft zu entwickeln. Die folgenden Themenkomplexe sollten zukünftig auf ihre Konkretisierung überprüft werden:

1. Fördermöglichkeiten des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums: Existenzgründung, Eigenkapitalhilfe, Innovationsfond - Modifizierungsperspektiven für die Musikwirtschaft
2. Binnenmarkt: Marketing-Konzepte wie z.B. Image-Kampagne „Musikland Niedersachsen“ der niedersächsischen Musikwirtschaft zur Stärkung der Nachfrage; „Kordinierung der niedersächsischen Festival-Landschaft“ und „Musik-Internet-Plattform“
3. Exportmarkt: Darstellungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in einem Deutschen Musikexportbüro; Unterstützung bei Messe-Präsentationen
4. Popmusik-Marktsegment: Perspektiven der Stabilisierung des Pop-Instituts an der Hochschule für Musik und Theater Hannover in Verbindung mit der Errichtung der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel

N 1. *Werden Sie sich für eine Aktualisierung der Studie einsetzen?*

N 2. *Wie schätzen Sie die Realisierbarkeit der oben genannten vier Themenkomplexe ein?*

N 3. *Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium war bislang an den Überlegungen zu einem Musikland Niedersachsen kaum beteiligt. Haben Sie vor, dies zu korrigieren?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

N 1. - N 3. Kultur kommt eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zu. Neben der direkten Anzahl der Arbeitsplätze im Kulturbereich spielt das Kreativpotenzial eine immer wichtigere Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Diesen Herausforderungen wird die Landesregierung aus Grüner Sicht aber bisher nicht gerecht. Die in der Studie von 2002 beschriebenen Potenziale im Musikgeschäft wurden nicht weiter ausgeschöpft. Eine Wiederaufnahme der Branchengespräche Musikwirtschaft halten wir daher für dringend erforderlich. Um genaue Aussagen über weitere Handlungsstrategien zu machen, wollen wir den aktuellen Kulturwirtschaftsbericht, der im Dezember vorgestellt werden soll, abwarten. Wir bedauern es, dass nicht unserem Vorschlag gefolgt wurde, im neuen Bericht eine regionale Differenzierung vorzunehmen, die sicher auch für den Bereich Musikwirtschaft sinnvoll wäre.

Neben den klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung wie Kapitalhilfen und Unterstützung bei der Existenzgründung halten wir ein Marketingkonzept für Festivals und Konzerte für sinnvoll.

Die Vermarktungsanstrengungen sollten in enger Absprache mit dem Landesmusikrat geplant werden. Nach Sichtung der Ergebnisse des jüngsten Kulturwirtschaftsberichts müssen Vorschläge über eine engere Kooperation von Wirtschaftsministerium und Ministerium für Wissenschaft und Kultur erarbeitet und umgesetzt werden.

CDU

N 1. Im Rahmen wirtschaftszweigbezogener Studien des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Kulturwirtschaft auch in Zukunft berücksichtigt werden.

N 2. Die CDU in Niedersachsen strebt die Einrichtung einer Plattform an, die das Musikland Niedersachsen deutschlandweit vermarkten und eine Service- und Dienstleistungsfunktion für Musikschaffende übernehmen wird. Die bestehenden Fördermöglichkeiten des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums in Fragen der Existenzgründung, Eigenkapitalbildung und Innovationsförderung stehen grundsätzlich auch Unternehmen und Gründern aus dem Bereich der Musikwirtschaft offen. Denkbare Ansätze für eine Vernetzung des Pop-Instituts an der HfMTh-Hannover mit der Landesmusikakademie Wolfenbüttel werden wir konstruktiv begleiten.

N 3. Anregungen für eine stärkere Beteiligung des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums an Konzeption und Realisierung des „Musiklands Niedersachsen“ seitens des Landesmusikrates begrüßen wir und werden sie sorgsam prüfen.

FDP

N 1. Die FDP setzt sich dafür ein, den niedersächsischen Kulturwirtschaftsbericht fortzuschreiben und somit Wertschöpfungsketten und gezielte Förderungspotentiale besser zu beleuchten.

N 2. und N 3. Hier nennt der Landesmusikrat klassische Instrumente der Wirtschaftsförderung. Ihre Anwendbarkeit auf die Kulturwirtschaft steht nicht in Frage und sollte von der Landesregierung im Rahmen der Haushaltsmittel gewährleistet werden. Der neu geschaffene Praetorius-Musikpreis wurde bereits an Unternehmen vergeben, die sich im Bereich der Musikwirtschaft ausgezeichnet haben.

Im Bereich des Wirtschaftsministeriums ist der jährlich vergebene Preis „Kulturkontakte“ zu benennen, der eine kulturfördernde und kulturwirtschaftliche Dimension besitzt. Die FDP erwartet eine ressortübergreifende Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Zweige der Landesregierung, um das Musikland weiterzuentwickeln. Siehe dazu auch die Ausführungen unter A3.

SPD

N 1. - N 3. Die Kultur- und Musikwirtschaft zählt mit ihren verschiedenen Teilmärkten zu den innovativen und zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen, dies gilt auch für Niedersachsen.

Das 2002 veröffentlichte Gutachten „Kulturwirtschaft in Niedersachsen – Quantitativer Befund und Schlussfolgerungen für die wirtschaftliche Diskussion“, hat mit dazu beigetragen, dass Kultur und Wirtschaft als gemeinsames Thema Kulturwirtschaft wahrgenommen und in Teilbereichen gefördert wurde. Gleichwohl - und das zeigt auch die Entwicklung in NRW - bedarf es wegen der sehr unterschiedlichen Facetten genau abgestimmter Programme bei der Umsetzung. Die vorliegenden Kulturwirtschaftsberichte weisen sehr deutlich auf die Wechselwirkung zwischen öffentlich geförderter Kultur und der darauf basierenden Kulturwirtschaft. Die Vorhaltefunktion öffentlicher Kulturförderung gilt inzwischen als Voraussetzung für die Entwicklung der Kulturwirtschaft.

Immer mehr Städte und Gemeinden befassen sich mit diesem Thema, um für sich wirtschaftliche und kulturpolitische Handlungsstrategien zu entwickeln. Um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kulturwirtschaft in Niedersachsen gezielt zu optimieren und die bestehenden Aktivitäten zu bündeln, bedarf es einer aktuellen Bestandsaufnahme. Erfahrungen in anderen Bundesländern und insbesondere in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass z.B. ein Kulturwirtschaftstag als Motor dienen kann. Die Erfahrungen zeigen aber auch, dass nur über konkrete Projekte und klare Vorgaben Handlungsfelder erschlossen werden können, die von den betroffenen Ministerien gemeinsam erarbeitet und getragen werden müssen. Der ökonomische Nutzen und die positive Auswirkung auf neu entstehende Arbeitsplätze rechtfertigen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Kulturwirtschaft auch vor dem Hintergrund, dass bereits die damaligen Berechnungen des Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW) Kulturwirtschaft als Wachstumsbranche ausgewiesen und auf einen Umsatzzuwachs von 113 % während des Untersuchungsraumes hingewiesen haben. Die SPD-Landtagsfraktion hat mit dem Entschließungsantrag „Kulturwirtschaft in Niedersachsen aus dem Dornröschenschlaf erwecken“ das Thema erneut auf die Tagesordnung gehoben. Leider konnten sich trotz intensiver Debatten die Mehrheitsfraktionen im Niedersächsischen Landtag diesem Antrag nicht anschließen. Nach Auffassung der SPD sollte auf der Basis des vom NIW vorgelegten Forschungsberichtes eine aktuelle Bestandsaufnahme zur wirtschaftlichen Bedeutung des kulturellen Sektors erstellt werden. Handlungsprojekte zur Stärkung der Kulturwirtschaft müssen zu einem Aktionsprogramm ausgebaut werden.

IMPRESSUM:

Landesmusikrat Niedersachsen e.V.

Lange Laube 22

30159 Hannover

Telefon: (0511) 1 52 47

Fax: (0511) 1 89 40

E-Mail: info@lmr-nds.de

www.landesmusikrat-niedersachsen.de

www.hauptsachemusik.nibis.de

Präsident: Prof. Dr. Karl-Jürgen Kemmelmeier

Geschäftsführer (V.i.S.d.P.): Manfred Sauga

Amtsgericht Hannover VR 4540

Layout: Lucky Link Design, Hildesheim

Der Landesmusikrat Niedersachsen e.V. im Deutschen Musikrat ist seit 1978 die Dachorganisation des Musiklebens in Niedersachsen. Der Landesmusikrat repräsentiert mehr als 1/2 Million Bürgerinnen und Bürger, die sich in Niedersachsen professionell oder als Laien mit Musik befassen.

Der Landesmusikrat wird durch das Land Niedersachsen institutionell gefördert, ist als Träger der Jugendarbeit anerkannt und betreut die Jugend-Auswahlensembles des Landes unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Ministerpräsidenten.

Mit dem niedersächsischen Aktionsprogramm „Hauptsache:Musik“ fördern Landesmusikrat und Land Niedersachsen seit 2001 den Bereich der musikalischen Bildung im Umfeld der allgemein bildenden Schule. Ziel ist es, die fachliche Kooperation zwischen der schulischen Musikpädagogik und außerschulischen Institutionen der Musikkultur zu verbessern.